

# Volkstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die Zeitung erscheint an jedem Wochentag abends. Verantwortlich: Albert Paul, Magdeburg. Verlag: W. Franke & Co., Magdeburg. Preis: 15 Pfennig. Einzelhefte 2 Pfennig. Abonnement: 3 Mark 60 Pfennig. Ausland: 4 Mark 50 Pfennig. Postamt: 10000. Postfach: 10000. Druck: 10000. Druckort: Magdeburg. Druckmaschinen: 10000. Druckzeit: 10000. Druckverfahren: 10000. Druckmaterial: 10000. Druckkosten: 10000. Druckmaschinen: 10000. Druckzeit: 10000. Druckverfahren: 10000. Druckmaterial: 10000. Druckkosten: 10000.

Nr. 239 Magdeburg, Mittwoch den 12. Oktober 1924 38. Jahrgang

## Hamburg

Das „Hamburger Echo“ schreibt über das Ergebnis der Bürgerstimmwahlen:

Hamburg hätte, wenn die Arbeiterschaft nicht durch die Kommunisten in zwei feindliche Lager gespalten wäre, heute eine feste sozialistische Mehrheit. Es wäre denkbar, diese Mehrheit von Fall zu Fall auch durch ein Zusammengehen der Sozialdemokratie mit den Kommunisten herzustellen, wie es in der verflochtenen Bürgerstimmperiode mehr als einmal bei wichtigen Entscheidungen vorgekommen ist. Wir sind aber nicht so wundergläubig, eine plötzliche Wandlung der kommunistischen Partei für möglich zu halten und sehen darum in einem Zusammengehen von Fall zu Fall noch keine Gewähr für eine dauernde Zusammenarbeit, wie sie allein erspriesslich sein könnte.

Die Frage des taktischen Verhaltens der Sozialdemokratie in der neuen Bürgerstimm muß also zunächst offen bleiben. Jedenfalls kann keine Rede davon sein, daß die Wahlen ohne jeden Einfluß auf Zusammensetzung und Verteilung des Senats bleiben sollen, wie das die bürgerliche Presse als die ihr genehmste „Patentlösung“ empfiehlt. Was würde dieselbe Presse für Löhne anschlagen, wenn der Anhang der Demokraten, Volksparteiler und Deutschnationalen in demselben Umfang zugenommen hätte, wie er jetzt zusammengeschrunzt ist? Sie soll sich also gefälligst erst einmal bemühen, die Ursachen des katastrophalen Zusammenbruchs der bürgerlichen Wahlspekulationen zu ergründen. Welchen Gebrauch die Sozialdemokratie aus ihrem Machtzuwachs in der neuen Bürgerstimm machen muß, wird sie selbst am besten wissen.

Für uns bedeutet das gleichzeitige Anwachsen der sozialdemokratischen und der kommunistischen Stimmen das Volksurteil darüber, daß unter allen Umständen sozialer Kurs nach links gesteuert werden muß. Die bürgerlichen Parteien, die sich der antimarkistischen Scheinlapperei entledigt haben, daß sie das Recht der Arbeiterschaft auf ihren Anteil an der Staatsmacht anerkennen, müssen sich nun auch nach die Annahme abgewöhnen, daß die Füh- rung immer bei den bürgerlichen Parteien bleiben müsse. Mit der Eroberung des Staatsbürgerrechts hat die Arbeiter- klasse ein für allemal aufgehört, irgendeiner bürgerlichen Vormundschaft zu bedürfen. Sie wird sich vor allem keinen Zwang und keine Bindung über das Maß ihrer Forderungen auferlegen lassen. Es ist nicht parteipolitischer Macht hunger, der sie dazu treibt, sondern das Gefühl der verdammten Pflicht und Schuldigkeit, die sie an ihren proletarischen Wählern zu erfüllen hat. Wenn ein volksparteilicher Abgeordneter unlängst noch in der Bürgerstimm den Anspruch tat, die Beseitigung gewisser himmelschreiender Mißstände in Hamburgs Wohnungsverhältnisse schon darum keinen Aufschub mehr, weil jene menschenunwürdigen Wohnquar- tiere ständig einen Gefahrenherd für die Sicherheit des Staates bildeten, so soll hier an dieses Wort erinnert werden, weil das starke Anschwellen der kommunistischen Stimmen ganz gewiß auch ein Symptom dafür ist, daß ein großer Teil von Hamburgs Bevölkerung in trostloser Verbitterung, in hoffnungsloser Verzweiflung dahinlebt. Läßt man diese Zu- stände weiterbestehen, statt sie — koste es, was es wolle — endlich zu beseitigen, dann schafft man damit eben den Nähr- boden, aus dem die kommunistischen Wahlstimmen wuchernd wie die Pilze wachsen. Will das Bürgertum weiter die so- zialen Aufgaben des Staates vernachlässigen, dann wird es seine politische Rolle bald völlig ausgespielt haben.

Es sind heute schon nicht mehr nur die Bewohner der dunkelsten Gängeviertel, es sind auch die vielen andern, die der tägliche Anblick sozialer Ungerechtigkeit, mag sie sich in dieser oder jener Gestalt, auf diesem oder jenem Gebiet zeigen, zu Leidenschaft der bürgerlichen Gesellschaft macht. Die Sozialdemokratie muß es für ihre Mitarbeit im Staate zur Bedingung machen, daß die Umgestaltung unerträglich gewordener sozialer Zustände mit allen Mitteln angestrebt wird. Dazu ist sie berufen, nicht die kommunistische Partei, die nach allen bisherigen Erfahrungen trotz ihres Wachstums in einer völlig unfruchtbaren Politik ver- harren wird. Um so mehr muß die große Vertrauensstün- dung, die das gestrige Wahlergebnis für die Sozialdemo- kratische Partei Hamburgs bedeutet, nun ihren Dank und ihre Anerkennung finden in Werken sozialer Fürsorge, in unermüdbarer Tätigkeit der sozialistischen Vertreter für das Wohl der Bevölkerung.

### Vergleich mit Reichstagswahl 1924

Um die politische Bedeutung des Hamburger Wahlergebnisses zu würdigen, muß man die vor- liegenden Zahlen nicht nur mit der letzten Bürgerstimm- wahl, sondern vor allem mit der Reichstagswahl von 1924 am 7. Dezember vergleichen.

Da fällt vor allen Dingen auf die außerordentlich schwere Niederlage der Deutschnationalen Partei. Die Deutschnationalen konnten am 7. Dezember 1924 immerhin 136 510 Stimmen auf ihre Liste im ham- burgischen Staatsgebiet vereinen. Diesmal brachten sie es nur auf 98 547 Stimmen.

Auch der Deutschen Volkspartei war die letzte Reichstagswahl noch günstig gewesen, und sie brachte es da- mals im hamburgischen Staatsgebiet auf 83 059 Stimmen, denen diesmal nur 62 239 entgegenstehen.

Demgegenüber hat die Sozialdemokratische Partei ihre Stimmenzahl von 203 431 auf 247 087 ge- steigert. Aber auch die Kommunisten haben es von 90 250 auf 110 115 Stimmen gebracht.

Der Erfolg der Sozialdemokratie wird besonders deut- lich an dem Ergebnis des ersten Wahlgangs der Reichs- präsidentenwahl, wo die Partei unter zweifellos günstigen Umständen für ihren Kandidaten Otto Braun im hamburgischen Staatsgebiet 214 888 Stimmen erringen konnte. Auch diese Zahl ist, wie man sieht, durch das Er- gebnis vom Sonntag weit übertroffen.

Unter den bürgerlichen Blättern Hamburgs lassen die den Deutschnationalen nahestehenden „Hamburger Nach- richten“ ihre Niedergeschlagenheit am deutlichsten erken- nen. Die Deutschnationalen hatten als ihr Ziel 50 bis 55 Mandate angegeben, statt dessen sind sie auf 25 Mandate zurückgegangen. Der Kagenjammer hat also seine Be- rechtigung.

Das volksparteiliche Organ, der „Hambur- gische Korrespondent“, hält den künftigen Einfluß der So- zialdemokratie für so stark, daß die Volksparteiler in der

Regierungscoalition nicht mehr mitmachen könnten und wirft deshalb die Frage auf, ob diese Bir- gerschaft nicht schon nach Jahresfrist der Auflösung verfallt.

Das „Hamburger Fremdenblatt“ findet eine Erklärung für den Wahlausfall nur in der Tatsache, daß die jetzt im Reiche vorhandene Rechtsregierung in den breiten Volksschichten eine wachsende Unzufriedenheit auslöst.

Der demokratische „Hamburger Anzeiger“ hegt die Befürchtung, daß Hamburg zu einer „Hochburg der Roten, zu einem zweiten Wien“ werden könnte.

Ja, Hamburg könnte ein zweites Wien werden, wenn die Arbeiterschaft geschloffen in den Wahlkampf gezogen wäre! Aber die Existenz der Kommunisten verhinderte das Werden einer in sich geschlossenen sozialistischen Mehrheit. — Und die Kommunisten denken auch nicht daran, die Voraus- setzungen für eine Ausnützung der Machtverhältnisse zu schaffen. „Der Vormarsch der Kommunisten“ in Hamburg wird in der Berliner „Roten Fahne“ in einem mehrere Spalten umfassenden Leitartikel gefeiert. In dem ganzen Artikel steht aber nicht ein Wort davon, daß die Kommu- nisten nunmehr auch bereit sind, aus dem Wahlergebnis die Schlussfolgerungen zu ziehen und sich zur Mitverantwortung an den Regierungsgeschäften im Interesse der arbeitenden Bevölkerung bereit zu erklären. Statt dessen wird unum- wunden zugegeben, daß nach wie vor der Kampf gegen die Sozialdemokratie das höchste Ziel der Kommu- nisten sein wird. Nicht Kampf für die Arbeiterschaft ist die Parole, sondern Kampf gegen die Sozialdemokratie. Das Hamburger Bürgertum darf erleichtert aufatmen: es wird wieder einmal im Streite der Arbeiter der laßende Dritte sein! —

## Arbeitskämpfe in Berlin

Die dauernd steigenden Lebenshaltungskosten zwingen die Arbeiter und Angestellten, einen Ausgleich durch Lohn- oder Gehaltserhöhung zu fordern und, wird er verweigert, zu erkämpfen. Berlin hat gegenwärtig eine Reihe solcher Arbeitskämpfe, weitere stehen bevor. Zu den schon seit einigen Tagen im Streik befindlichen Brauerei- arbeiter sind seit heute, Dienstag vormittag, die Ber- liner Hochbahner getreten, ferner ein Teil der Holz- arbeiter und die Transportarbeiter der Ber- liner Möbelindustrie. Auch in der Berliner Metall- industrie droht ein schwerer Konflikt. Das Metallartell hat am Montag beschlossen, die bisher geführten Lohnver- handlungen als gescheitert zu betrachten. —

### Der Streik der Hochbahner

Die Berliner Hochbahner hatten am Montag in Ur- abstimmung darüber zu entscheiden, ob der für sie gefällte Schiedsspruch angenommen oder bessere Bedingun- gen durch Streik erreicht werden sollen. An der Urabstimm- ung beteiligten sich 5405 Abstimmungsberechtigte. Davon stimmten 4428 für Streik, 571 für Annahme des Schieds- spruchs; 16 Stimmen waren ungültig. Es haben also rund 80 Prozent der abstimmungsberechtigten Personen und rund 88 Prozent der Abstimmenden für den Streik gestimmt.

Die Funktionäre der Hochbahner trafen noch am Montag abend zusammen, um zu dem Ergebnis der Ur- abstimmung Stellung zu nehmen. Nach längerer Diskussion, in der das Für und Wider reichlich erwogen wurde und in der die Gewerkschaftsvertreter auf die Konsequenz eines Hochbahnerstreiks hinwiesen, wurde in geheimer Abstim- mung mit 106 gegen 4 Stimmen beschlossen, sofort in den Streik einzutreten. Die Berliner Hoch- und Untergrundbahnen stehen infolgedessen seit heute vormittag still. Die Bahnhöfe sind geschlossen. Notstandsarbeiten werden verrichtet. —

### Schwere Verkehrsstörungen.

Berlin, 11. Oktober. (Eigener Nachbericht.) Der Streik bei der Berliner Hoch- und Untergrundbahn ist heute früh um 5 Uhr in Kraft getreten. 5000 Personen befinden sich im Aus- stand. Der Verkehr steht auf sämtlichen Linien still.

Der Zustand hat für das Berliner Verkehrsweesen kata- strophale Folgen. Die noch im Betriebe befindlichen Verkehrs- mittel, so vor allem die Straßenbahnen und die Autobusse, waren überfüllt. An den Haltestellen sammelten sich riesige Menschen- mengen an, die nur schwer mitkommen konnten. An den Haupt- knotenpunkten gab es unentwirrbare Anwäl von Automobilen, Straßenbahnen und allerhand Notfuhrwerken. Die meisten An- gestellten und Arbeiter verspäteten sich an ihren Arbeitsplätzen. —

### Holzarbeiter und Brauereiarbeiter

Die Urabstimmung der Berliner Holzarbei- ter über die Frage, ob im Lohnstreik in den Streik getreten werden soll, ergab eine Mehrheit von 96 Prozent aller abgegebenen Stimmen für den Streik. Am

Donnerstag werden die Funktionäre über den Termin des Streikbeginns Beschluß fassen. Die Unternehmer haben den Schlichtungsausschuß angerufen. Der Vorsitzende des Aus- schusses will den Versuch machen, die Parteien einander näherzubringen. Dieser Versuch hat nur dann Zweck, wenn die Unternehmer auf die Forderungen der Holzarbeiter eingehen.

Die Berliner Brauereiarbeiter haben sich, wie gestern schon gemeldet, ebenfalls in neuer Urabstimmung fast einstimmig für Beharren im Streik erklärt. Nun unter- nimmt der zuständige Schlichter einen neuen Vermittlungs- versuch. Er hat die Parteien für Dienstag zur Verhandlung geladen. —

## Zwischen den Schlachten

London, 10. Oktober 1924.

Der Kongreß der Arbeiterpartei in Blackpool hat weniger dramatische Auseinandersetzungen, erregte Szenen und unerwartete Abstimmungsergebnisse erlebt als irgendeiner seiner Vorgänger seit 1918. Die britische Ar- beiterbewegung steht im Zeichen der Konsolidierung und der Vorbereitung. Der Konsolidierung nach dem Generalkrieg und den unerldlich tiefen Wunden, die er der britischen Arbeiterbewegung geschlagen hat; der Vorbereitung auf die nächsten Neuwahlen, die normalerweise für Herbst 1928 zu erwarten sind.

Auf das vergangene Jahr zurückblickend, kann die Labour Party, was die innere Konsolidierung und organi- satorische Entwicklung anbelangt, zufrieden sein. Die Or- ganisationen in Stadt und Land haben den Liverpooler Beschlüssen über den Ausschluß der Kommunisten keinerlei ernstern Widerstand entgegengesetzt; gegenüber den wenigen Ortsgruppen, die dem Parteitagbeschlusse nicht Folge leisteten, hat die Exekutive den korporativen Aus- schluß aus der Partei angeordnet. Gleichzeitig hat die Par- tei überall dort, wo eine Ortsgruppe losgetrennt werden mußte, eine neue Organisation ins Leben gerufen und so den lokalen Mitgliedern der ausgeschlossenen Gruppen Ge- legenheit gegeben, sich von der Gemeinschaft mit den Kom- munisten loszusagen. Alles in allem genommen kann man sagen, daß das innere Ringen mit den Kommunisten im Schoße der Arbeiterpartei für den Augenblick zumindest als abgeklungen gelten kann. Zwar ist es einzelnen Kom-



daß zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe aller Größenklassen vor der Gefahr des Zusammenbruchs standen.

Der preussische Minister des Innern hat daher im Einvernehmen mit dem preussischen Finanzminister eine staatliche Notstandsaktion für die am schwersten gefährdeten Gebiete eingeleitet und zunächst zur Linderung der dringlichsten Not, namentlich zur Sicherstellung der Hackfruchtente und der Herbstbestellung sowie zur Durchführung des Viehbestandes, aus staatlichen Mitteln 3 Millionen Mark bereitgestellt. Auch die Reichsregierung hat auf preussischen Antrag beschließen, für den gleichen Zweck ebenfalls 3 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Schließlich beabsichtigt die Provinz Pommern, sich zunächst mit 2 Millionen Mark zu beteiligen. Um der durch das Unwetter bereits schwer getroffenen Provinz die Aufbringung dieses Anteils zu erleichtern, haben ihr die zuständigen preussischen Minister außer dem genannten Anteil des Staates an der Notstandsaktion eine weitere Million Mark als Darlehen gewährt.

Die Verteilung der Mittel durch die mit der Durchführung der pommerschen Notstandsaktion beauftragten Oberpräsidenten in Stettin hat bereits begonnen. Der preussische Minister des Innern befindet sich zu einer persönlichen Unterrichtung und zur Beratung der weiter notwendigen Maßnahmen gegenwärtig im Schadensgebiet.

### Belagerungszustand in Bulgarien

In den Grenzdepartements von Kistendil und Petritsch wurde am Montag der Belagerungszustand erklärt.

Die bulgarische Kammer ist auf den 15. Oktober einberufen worden, um in außerordentlicher Session diese Maßnahmen entsprechend den Bestimmungen der Verfassung zu bestätigen. Das Dekret über die Verhängung des Belagerungszustandes ist im Auftrag des Königs vom Ministerpräsidenten unterzeichnet worden. Der König hat unverzüglich die Rückreise nach Sofia angetreten.

Sämtliche Grenzvergehen sollen ihre Aburteilung durch Kriegsgerichte finden. Die Gerichte, daß der jüdisch-slawische Gesandte die Visierung seines Passes verlangt habe, wird amtlich dementiert.

Diese Maßnahmen der bulgarischen Regierung sind auf die Vorstellungen des jüdisch-slawischen Gesandten in Sofia zurückzuführen. Die zwischen Bulgarien und Südslawen bestehende Spannung dürfte damit vorerst behoben sein.

### Der Streit um Wilna

Am 9. Oktober waren 7 Jahre vergangen, seit der polnische General Belligowski im geheimen Auftrag Pilsudskis, wie dieser später offen zugestanden hat, die durch Vermittlung der Ententemächte festgestellte polnisch-litauische Demarkationslinie überschritt und Wilna besetzte. Polen schuf damit eine vollendete Tatsache, an der alle Interventionenversuche des Völkerbundes ebenso wenig etwas ändern konnten wie die Proteste der Litauer. Bis zum heutigen Tage besteht der Konflikt zwischen den beiden Staaten in unerminderter Schärfe fort. Polen, das sein Ziel erreicht hat, möchte wohl gern eine Annäherung an Litauen und eine Annäherung normaler Beziehungen vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet. Aber Litauen hat sich solchen Annäherungsversuchen gegenüber bisher stets unzugänglich gezeigt. Alle polnisch-litauischen Verhandlungen, die in den letzten Jahren geführt worden sind, betrafen nur Fragen zweiten Ranges.

Daß Litauen gerade jetzt bei einer Revision der Verfassung die Bestimmung aufzunehmen beabsichtigt, daß Wilna die Hauptstadt Litauens sei, die nur vorübergehend durch eine andre Stadt vertreten werden könne, zeigt die nach wie vor bestehende herausfordernde Unversöhnlichkeit Litauens.

Dieser ständige schwere Konflikt zwischen Polen und Litauen hat in den letzten Tagen eine gefährliche Zuspitzung erfahren. In Litauen ist eine größere Zahl von Lehrern an polnischen Minderheitsschulen entlassen worden, weil sie das Litauische nicht hinreichend beherrschten.

### Einweihung der Goethegedenktafel auf dem Broden

Am 10. Dezember 1927 werden es 150 Jahre, seit Goethe jene erste Brodenbesteigung unternahm, die ebenso bedeutungsvoll für die Entwicklung von Goethes Leben wie für die Kenntnis, Würdigung und Aufschlüsselung des Harzes wurde.

Aus diesem Anlaß hat der Harzverein für Geschichte und Altertumskunde, der in Wernigerode seinen Sitz hat, heute im Vollenhause auf dem Broden, in dem als der zur damaligen Zeit einzigen Unterkunftsstätte Goethe geweiht hatte, eine Bronzeplatte enthüllt. Es ist eine Nachbildung des Goethemedallions vom dem zeitgenössischen Bildhauer Johannes Peter Melchior. Unter ihr befindet sich eine schmale Bronzeplatte mit der Inschrift: „Hier weilte Goethe am 10. 12. 1777. Stifter der Platte ist der Fürst Christian zu Stolberg-Wernigerode, der Schutzherr des Harzvereins für Geschichte und Altertumskunde.“

Der Einweihung ging eine von Goethezitationen, Liedern und Musikvorträgen umrahmte Goethefeier im Saale des Brodenhauses voran. Ansprachen hielten dabei der Vorsitzende des genannten Vereins, Amtsgerichtsrat Große aus Wernigerode, Professor Wahl vom Goethe-Schiller-Archiv in Weimar, Oberlandesgerichtsrat Dr. Barthelemy (Frankfurt am Main) vom dortigen Freien Hochstift, das das Goethehaus in Frankfurt am Main unterhält, Oberpräsident Professor Dr. Maentig (Magdeburg) und Stadtrat von Frankenberg, der Vorsitzende des Harzvereins.

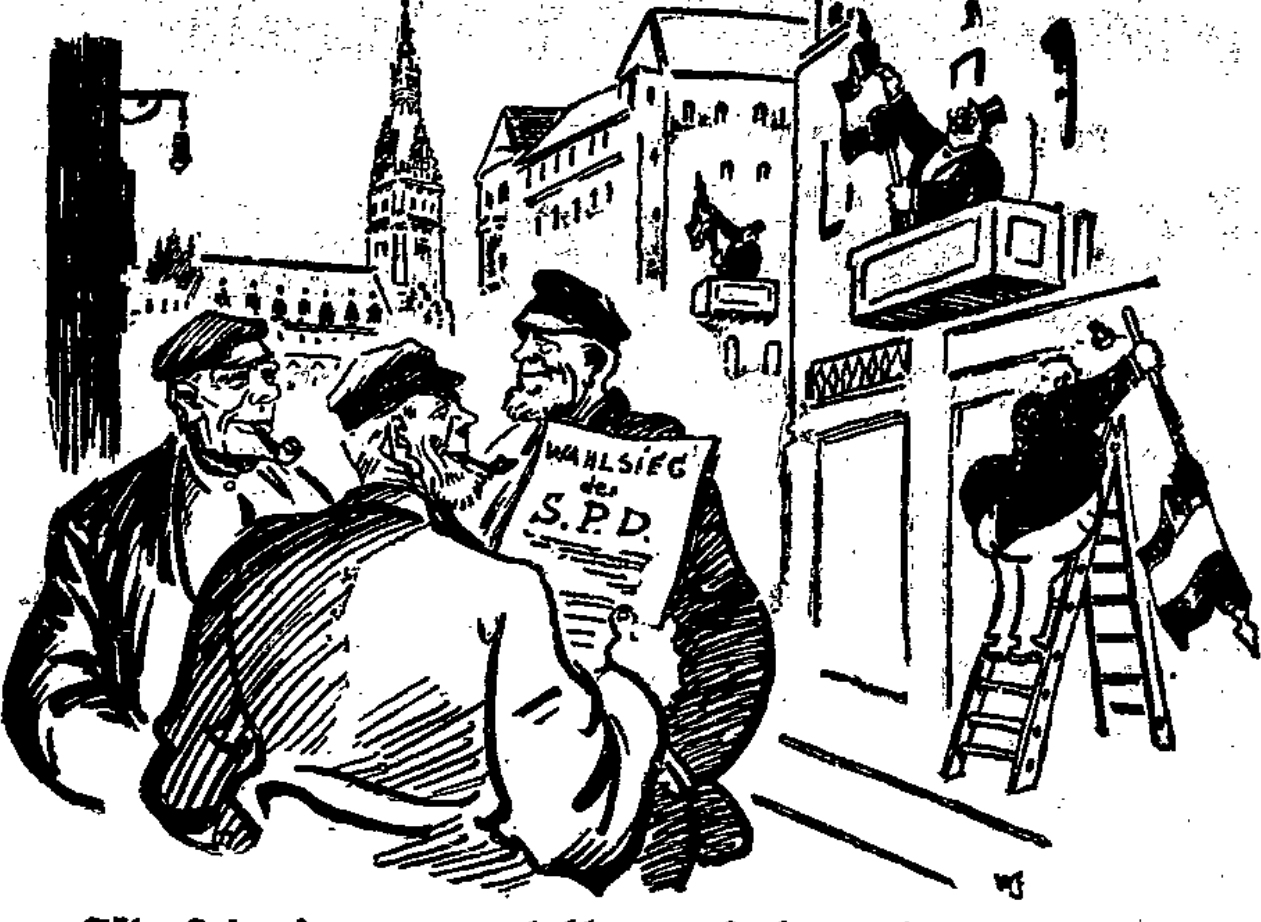
Bei der Feier im Vollenhause übergab Fürst Christian Ernst zu Stolberg das Erinnerungszeichen den Harzverein für Geschichte und Altertumskunde. Amtsgerichtsrat Große nahm mit Worten des Dankes für den Verein die Tafel in Empfang und weihte sie mit Goetheworten dem Andenken des Dichters im Geiste aller Brodenbesucher.

Im Braunschweigischen Landestheater (Intendant Dr. Ludwig Reube) hinterließ Bernhard Blume's Schauspiel „Freibjag“ (Regie Julius Gierwink) als Erkaufsführung im Kleinen Haus beim Publikum tiefgehenden Eindruck.

Lubenorff und die Freimaurer, die Rückkehr von Genf, wie Papa bei Boronow operiert wird — das sind drei Themen zu lustigen Karikaturen von Gulbranion, Feine und Höhn in unseren „Simplicissimus“. Die lustige Nummer enthält außerdem eine große Anzahl Satiren in Wort und Bild.

Bemerkenswerte Ausgrabungen wurden in Drouben in der niederländischen Provinz Drenthe vorgenommen, wo steingewaltige Gräber von mindestens 3000 Jahren Alter freigelegt wurden. Zahlreiche zu den verschiedensten Zwecken benutzte Feuersteine konnten dabei gesammelt werden. Auch Brandgräber wurden mehrfach festgestellt.

## Hamburg!



„Säh, Hein, de annern hebbt tom Geburtsdag flaggt, tom Wahldag flaggen wi, — wer toleht flaggt, flaggt am besten!“

Ein Teil, der sich widersetzte, wurde in eins der berichtigten Konzentrationlager gebracht und richtete von dort aus Hilferufe nach Polen. Von litauischer Seite wird behauptet, daß dieser Brief in Polen erfunden worden sei. Jedenfalls hat er aber die öffentliche Meinung in Polen sehr stark erregt.

Die polnische Regierung hat Repressalien verfügt und mit Pilsudski an der Spitze demonstrativ an Protestkundgebungen in Wilna selbst am 9. Oktober, dem Jahrestag der polnischen Okkupation, teilgenommen.

Es ist keine Frage, daß die Lage ernst ist. Der jetzige Zustand zwischen Polen und Litauen ist unhaltbar. Dazu kommt, daß Wilna selbst, das von seinem wirtschaftlichen Hinterland in Litauen durch die Grenzsperrre dauernd abgeschnitten ist, völlig dantederliegt. Polen hat schon einmal, und zwar auf Befehl desselben Pilsudski, der jetzt der tatsächliche Diktator in Polen ist, an dieser Stelle eine strittige Lage mit dem Schwert entschieden. Die Versuchung für Polen, das gleiche zu wiederholen, muß sehr groß sein, und es ist keine Frage, daß die Besetzung ganz Litauens für Polen ein militärischer Spaziergang wäre.

Die schweren Bedenken gegen eine solche Eigenmächtigkeit, von der rechtlichen Seite der Frage ganz abgesehen, liegen auf der Hand. Polen würde in solchem Falle wohl auch bei seinen nächsten Freunden als der Friedensstörer im Osten dastehen und entsprechend gewertet werden, eine Anleihe würde ihm wohl niemand mehr geben. Wenn aber außerdem die Sowjetunion gemäß ihrer bisherigen Haltung Kowno in irgendeiner Form zu Hilfe kommen würde, könnte im Osten Europas ein Brand entstehen, dessen Folgen nicht abzusehen sind.

Man sollte meinen, daß alle diese Gründe auch in Warschau jede Unbesonnenheit ausschließen sollten. Aber man darf nicht vergessen, daß Pilsudski im vollen Sinne des Wortes eine unberechenbare Persönlichkeit ist.

Daß Litauen Wilna schwer vermissen kann, ist verständlich. Freilich ist Wilna keine litauische, sondern eine polnisch-jüdische Stadt, und das Wilnaer Land ist ebenfalls nicht etwa überwiegend litauisch, sondern überwiegend wehrwüthig. Im Osten mit seiner nationalen Gemengelage kommt man eben mit dem Prinzip der Selbstbestimmung nicht durch. Um so mehr muß hier, wo es überall Minderheiten gibt, verlangt werden, daß deren Rechte respektiert werden, und hier hat auch Litauen ein reichliches Maß von Schuld; wir wissen ja selbst aus dem Noremeiland, wie Litauen chauvinistisch und unbulbiam vorgeht.

Gerade die Memelfrage zeigt übrigens, wie völlig unsinnig die Behauptung einiger polnischer Blätter ist, Deutscha Land stecke hinter dem neusten herausfordernden Verhalten Litauens gegen Polen. Die deutschen Beziehungen zu Litauen sind wirklich alles andre als intim, und überdies könnte nur ein kurzfristiger Katastrophenpolitiker übersehen, daß Deutschlands Interesse auch im Osten die Wahrung des Friedens ist.

### Ein Aufrechter

In der Nacht zum Montag ist in Budapest der frühere ungarische Oberst und Generalstabschef einer Abteilung an der italienischen Front Stromfeld im Alter von 75 Jahren plötzlich an einer Diphtherieerkrankung gestorben.

Stromfeld stellte sich nach dem Zusammenbruch der Sozialdemokratie zur Verfügung und wurde im Jahre 1919 Staatssekretär im Kriegsministerium. Als später die Diktatur ausgerufen wurde, nahm er seinen Abschied, um dann unter dem Sozialdemokraten Böhm als Führer der Roten Armee die Abwehr gegen die Kleine Entente zu organisieren. Im August 1919 — nach dem Sturze der Diktatur — wurde Stromfeld verhaftet und im Juli 1920 wegen Hochverrats zu 24 Jahren Gefängnis sowie dem Verlust seiner Pension verurteilt. Vor Gericht bekannte er sich offen zur Sozialdemokratischen Partei, der er bis an sein Lebensende die Treue bewahrt hat. Stromfeld fristete seinen Lebensunterhalt zuletzt als Angestellter einer Fabrik.

Die Sozialdemokratische Partei läßt öffentlich erklären, daß sie das Andenken des Toten feiert und ihn mit allen Ehren begraben lassen werde.

### Kampfenlage Vanderveldes

Der belgische Außenminister Vandervelde hielt am Sonnabend bei der Jubiläumsfeier eines sozialistischen Erholungsheims eine Ansprache, mit der er im Hinblick auf den bevorstehenden Wiederausammentritt des Parlaments den innerpolitischen Feldzug eröffnete. Er sagte u. a.:

„Die Genesung des Landes und der Partei ist nunmehr vollendet. Der Burgfriede ist zu Ende, wir müssen zu den alten Kampfmethoden zurückkehren. Drei Fragen müssen in der nächsten Parlamentstagung in den Vordergrund gerückt werden: der Rächerschutz, die Sozialversicherung und die sechsmonatige Militärdienstzeit. Wenn wir für dieses Programm kämpfen, dann brauchen wir keine parlamentarischen und auch keine Regierungsschwierigkeiten zu fürchten. Die Verkürzung der Dienstzeit ist eng verbunden mit der Abrüstung, sie muß die allgemeine Abrüstung beschleunigen.“

Vandervelde schloß folgendermaßen: „Ich rufe euch auf zum Schmutz, daß ihr alle vereint, wie feinerzeit für das allgemeine Wahlrecht, so jetzt für die sechsmonatige Dienstzeit, für die Abrüstung und den Frieden kämpfen werdet.“

Die Rede Vanderveldes wird für Belgien ohne Zweifel große innerpolitische Nachwirkungen auslösen.

### Zurück zur Sozialdemokratie

Wie in andern Bezirken — wir erinnern an Nürnberg und Fürtz — hat die Flucht aus der korrupten kommunistischen Partei zurück zur Sozialdemokratie auch in Braunschweig eingesetzt. Dieser Tage ist der braunschweigische kommunistische Stadtberordnete Siemann zur Sozialdemokratischen Partei übergetreten. Die sozialdemokratische Stadtberordnetenfraktion zählt nunmehr 14 Mandate, während die kommunistische Fraktion nur noch einen Vertreter im Stadtparlament hat.

In dem Arbeiterort Lehndorf, der direkt mit der Stadt Braunschweig zusammenhängt, ist der frühere Landtagsabgeordnete und Angestellte des Holzarbeiterverbandes, Arno Krosse, ebenfalls zur Sozialdemokratie zurückgekehrt. Da sowohl Siemann wie Krosse im Holzarbeiterverband einigen Einfluß besaßen, haben die Kommunisten in dieser Gewerkschaft nun ziemlich ausgespielt.

### Notizen

Reichstag am 18. Oktober. Der Reichstagspräsident wird den Reichstag zum Dienstag den 18. Oktober, nachmittags 3 Uhr, einberufen. Auf der Tagesordnung steht als erster Beratungsgegenstand die Schulvorlage. Außerdem enthält die Tagesordnung noch eine Reihe anderer Beratungsgegenstände.

Beihilfen für die Saargänger. Die Unterstützung der Saar- und Pfalzgänger ist auch auf die Vorkriegszeit zurückzuführen. Die Reichsregierung hat jedoch, wie von Preußen amtlich mitgeteilt wird, angeordnet, daß mit Rücksicht auf die derzeitige aus Kurzarbeit herrührende Notlage der Saargänger diesen einmalige Beihilfen, und zwar für August 15 Mark, für September 10 Mark und für Oktober 5 Mark jeweils am Ende des Monats aus Reichsmitteln zu gewähren sind.

Stabswahlen in Loth. Am Sonntag wurde in Loth das Gemeindepalament neu gewählt. Die Wahl endete mit einem überzähligen Stimmzettel. Loth besitzt seit Sonntag zum erstenmal eine starke sozialistische Mehrheit. Von 200 000 gültigen Stimmen entfielen 60 000 auf die polnischen Sozialisten, 17 000 auf die deutschen Sozialisten und rund 24 000 auf die jüdischen Sozialisten sowie die kleine polnische unabhängige sozialistische Partei.

Kommunistenverfolgung in Polen. In West-Polen sind im Zusammenhang mit der Aufhebung einer kommunistischen Organisation 70 Personen verhaftet worden.

Russisch-japanischer Schiffsvertragsvertrag. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist dort gestern abend ein neuer russisch-japanischer Schiffsvertragsvertrag paraphiert worden. Die Unterzeichnung soll am 24. Oktober gleichfalls in Moskau erfolgen.

Das ideale Laxin Abführ-Konfekt

Für die kalte Jahreszeit mollige  
**Schlafdecken**

auffallend billig!

Schlafdecken	grau und weiß meliert mit Kante, volle Größen	2.25	175
Schlafdecken	farbig gestreift und weiß mit farbiger Kante, volle Größen	2.25	195
Schlafdecken	kamelhaarfarbig und grau meliert mit Kante, Größe 140x190 cm	2.95	245
Schlafdecken	büngestreiften Körper und weiß mit waschechter Kante, Größe 150x200 cm	5.25	425
Schlafdecken	Halbwolle, grau meliert mit Streifenkante, volle Größen	7.50	590
Schlafdecken	reine Wolle, weiche Qualität, Größe 140x190 cm		950

**Lange & Münzer**

Magdeburg  
Breiteweg 51-52

Besuchen Sie  
unsere Schaufenster  
am Alten Markt

**Stadttheater**  
Mittwoch 13. Oktbr.  
11.10.30, 8.20.30 U.  
1. Abend  
**Don Giovanni**  
(Don Juan)  
Op. v. W. A. Mozart  
Donnerstag den  
14. Oktober  
11.10.30, 8.20.30 U.  
2. Abend  
Jugend im Mai  
**Wilhelm-Theater**  
Offene Vorstellg.  
zu kleinen Preisen  
Sonntag den 15.  
Oktober, 2. Uhr  
Der Garten Eden  
Kom. v. Bernauer u.  
Dehlerlecher  
Mittwoch, 13. Oktbr.  
20 Uhr  
Vorft. f. d. Volksh. 12  
Poggenau.

**Gasthaus**  
**Anhaltiner Hof**  
Braunschweigstraße 3  
1891  
Diverse Vereinszimmer  
bis 100 Personen  
**Walter Grundow.**

**Sangstiefel**  
3/4 = Stiefel  
Schaffstiefel  
Arbeitsstiefel  
Sportstiefel  
bekannt billig  
**H. Gaedede**  
Stiefelkrugstr. 27

Fast neuer Sofa Tisch  
und Kinderbett zu  
verkauft. Brandes,  
Weberstraße 7.



**Orient-Express**

Ein Filmroman voll der Sehnsucht nach der großen Welt — Der Lebensraum eines Ehrgeizigen, seine Erfüllung und sein jähes Ende!  
Tragik und Dämonie des Schicksals rollen in Bildern vorüber, die dank der Problematik des Stoffes jeden Augenblick von neuem fesseln.

**Der Film**  
welcher von Publikum und Presse einstimmig als **Spitzenleistung deutscher Lichtspielkunst** bezeichnet wird und wochenlang auf dem Spielplan der größten Theater stand

**Sauptrollen:**  
**Lil Dagover**  
Maria Paudler, Heinrich George  
Angelo Ferrari, Walter Rilla

Außerdem zeigen wir:  
**Die Versuchung der Liebe**  
Ein Sittenbild von ergreifender Realistik, das sicherlich berechtigtes Aufsehen erregen wird, mit

**8 Akte** **Ronald Colman** **8 Akte**  
in der Hauptrolle

**Mittwoch 4.30 Uhr**  
Die große Premiere

**Walhalla Lichtspiele**

**Magdeburg**  
Platz: Kl. Kreuzer Acker.  
**SARRASANI**  
Jeden Abend 7.30 Uhr  
**Die Revue der Welt!**  
Neue (Mittwoch) 2 Vorstellungen  
Nachmittags 3 Uhr:  
Kinder auf allen Sitzplätzen  
halbe Preise.  
Vorverk.: Warenhaus Gebr. Barack,  
Breiter Weg 143/149. Telefon 7163.  
Chroschkassen sind unmittelbar vor  
10 Uhr an geöffnet!  
Ehrent- und Motorrad-Aufbewahrung  
in der Schenk.  
Es ist noch keine Vorstellung  
ausverkauft.  
Nur wenige Tage!  
Schluss am 17. Oktober.

**Zentral Theater**  
DIREKTION: WALTER STERNERT  
Täglich 8 Uhr:  
Nur noch 2 Gastspiele  
Der  
**HEXER**  
Das spannendste Kriminalstück d. Gegenwart  
**Voranzeige!**  
Freitag den 14. Oktober  
Beginn der Operettenpielzeit  
**Ich hab mein Herz**  
in  
**Heidelberg**  
verloren!  
Der größte Operettenerfolg!

**Thüringer Hof**  
gegenüber dem Hauptbahnhof.  
Morgen Donnerstag den 13. Oktober  
**Schlachtfest**  
mit musikalischer Unterhaltung.

**Stadt Loburg**  
Des großen Erfolges wegen und auf vielfachen Wunsch am  
Mittwoch, Donnerstag und Sonntag nachmittag 4 Uhr  
nochmals die große Schläger-Operette  
**Amor im Modsalon**  
mit vollständig neuen  
Modeschöpfungen für Damen und Herren  
Das Revue an diesem Gebiete. Sofführung der neuesten  
Moden in dieser Operette. Dazu die jenseitige Stadt-Loburg-  
Belustigung! Einzige und allein nur in Magdeburg.  
Trotz der erhöhten Unkosten diese Woche Eintritt nur  
einmündig 5 Pfennig!  
Jeden Mittwoch abend 8 Uhr  
**Großgesellschaftsball**

Storch **UFA** Buckau  
Heute bis Donnerstag  
**Charlie Chaplins**  
großes Drama um Lachen und  
um Weinen:  
**Goldrausch**  
Die tragikomischen Abenteuer  
des Vaudeville-Komikers  
als Goldsucher.  
Dazu:  
**Stürmisch die Nacht, die  
See geht hoch...**  
(Der Seeladest)  
Das Schicksalsdrama eines  
blauen Jungen.  
Sauptrollen:  
Walter Stegaf,  
Aart Auen, Colette Brettel.  
**Mary Pickford**  
der lustige Schelm als  
**Die kleine  
Annemarie**  
Lieben, Leiden und Freuden  
einer verlässlichen Waise.  
Eine Geschichte, die in Scherz  
und Ernst die Tränen lodert!  
Außerdem:  
**Es blasen die  
Trompeten...**  
Luftige Wandergeschichten  
mit  
**Bruno Kastner.**

**HOZOPA**  
Karte Mittwoch  
und Freitag  
sonn. 3 1/2 U.  
die beliebteste  
**Raffeeonzerte**  
mit Theater-Vorführung.  
Der Tagesspang gelangt auf vielfachen  
Wunsch  
**Der Löwentöter**  
Schauspiel mit Gesang in 1 Akt von Demetrius  
Schön. Spielleitung: Fritz Krügermann  
Eintritt 10 Pf. Eintritt 10 Pf.

**ZENTRAL**  
**Theater-Restaurant**  
Nur noch 4 Tage  
haben Sie Gelegenheit,  
das Arien-  
**Varieté-Programm**  
zu sehen.  
Eintritt einschließl. Getränke 10 Pf.

**FUKRIEN-THATER**  
1 1/2 Uhr: **Winterscher Lohentöter!**  
Der tolle Scherz in 3 Akten  
**Der Storch ist tot!**  
Für Jugendliche nicht geeignet!  
Sonntag 11-1 Uhr - 10 Pf.

Preiswert und gut kaufen Sie  
**MÖBEL**  
wie folgende Beispiele:  
**Speisezimmer**  
hochmodern, Forman  
von RM. 390.— an  
**Schlafzimmer**  
geräumigste Forman  
von RM. 390.— an  
**Herrenzimmer**  
herrliche Möbel  
von RM. 450.— an  
**Küchen**  
neuer, lackiert und geputzt, komplett  
von RM. 95.— an  
Glasfronten — Glasgeräten  
Staubsaugen — Tisch — Stühle usw.  
erstaunlich billig  
Für gute Arbeit leisten wir jede  
Garantie  
**Jürgens & Co**  
altes Geschäft, 66 Dampfer  
Bergstraße 14, Jürgensstraße 1

**Zum Herbst u. Winter**  
unlängst zu billigen Preisen und in  
modernen Fassons und Mustern  
**Anzüge u. Mäntel**  
**Moderne Uster** 36.00  
22.50 25.00 34.00  
**Winter-Paletots** 38.00  
mit und ohne Sandstraps  
25.00 28.00 34.00  
**Herren-Anzüge** 30.00  
in verschiedenen Farben  
27.00 25.00 22.00 25.00  
**Wallach**  
Bauer Weg 123 Lützenburgerstr. 28  
geräumig, Kaffeehaus-Einzel — Am Alten Markt  
ausgezeichnete Arbeit — gute Stoffe.  
Kunden von außerhalb herzlich willkommen. Ich bin für Sie

**Winterkartoffeln**  
Braune Altlandsorter, Jüngere, erdige, ohne  
Donnerstag ab Hauptbahnhof  
hof zu den billigsten Tagespreisen  
**Loef, Bandstraße 1.**

Die Frauenwelt empfiehlt Buchhandlung Wo kstimmte

**Trikotagen**

Herren-Normalhemden	3.40 3.15 2.90	2.65
Herren-Normalhosen	2.60 2.40 2.25	2.15
Herren-Normaljacken	2.70 2.40	1.90
Damen-Normaluntertaillen	2.15 1.95	1.75
Damen-Normaljacken	3.25 2.75	2.40
Kinder-Normalanzüge	2.25 2.05 1.85	1.65
Kinder-Schlüpfer	1.25 1.10 0.95 0.85	0.70
Damen-Schlüpfer	2.75 2.15 1.90 1.70	1.40
Damen-Schlüpfer	2.00 2.30	2.55

**Konsum-Verein**  
Jakobstr. 42 Ecke Peterstraße Jakobstr. 42

# Unterm Zeltbaldach

Herbstabend vor den Toren der großen, ruhlosen Stadt. Ein seltsamer Reiz liegt darum. In sich versunken gehen die Menschen über die Elbbrücken, laufen den murmelnden Meilen. Hinter den Bäumen am Cracauer Unger steigt der Mond mit milchem rotem Licht auf. Er hat sich festlich gemacht und seine Scheibe besonders blank gepußt. Nötig hat er es aber auch, wenn sein Ruf nicht verlieren soll. Durch Laubgewirr strahlt Lichterfülle. Wie ein Märchen aus Tausendundeiner Nacht ist es. Ueber allem steht das Wort: Sarraiani. Vor dem Eingang zum großen Rundzelt des Zirkus stehen zwei Türme in orientalischem Stil. Und von der Holzbrücke ergießt sich ein endloser Menschenstrom über den Rasen des kleinen Cracauer Ungers. Alle sind angezogen von der Zeltstadt; alle wollen einmal einige Stunden wilder, froher Romantik genießen, wollen Tagesnot vergessen.

## Gänse als Weltreisende.

Hinter den Kulissen kurz vor der Vorstellung. Marokkaner sitzen in malerischer Gruppe auf der Veranda vor ihrem Wohnwagen beim Abendbrot. Japanerinnen in ihrer bunten farbenprächtigen Tracht stehen vor einem Spiegel und ordnen ihr Haar, leise ein Lied aus ferner Heimat summend. Eine junge Rosafin klopft mit der Knute auf ihre zierlichen Stiefel. In einem Käfig spielt eine Löwenmutter mit ihren Jungen. Mit ihren plumpen Bewegungen reizen sie den Zuschauer zum Lachen und zum Verweilen. Ein Käfig ist doppelt vergittert. Eine Tigerfähe faucht. Es ist bisher noch nicht geglückt, diese Bestie zu dressieren. Sarraianis Elefantenschar zerrt an den Ketten. Die Wärter nehmen letzte Duschchen vor, die sich ihre Schühlinge gern gefallen lassen. In den schier endlosen Pferdehallen werden einigen Tieren schon Sättel aufgelegt. Alles ist raffiges Material.

Ein richtiger Großbetrieb ist das Zirkusunternehmen. 600 Menschen sind beschäftigt. 500 Tiere stehen in den Ställen. 170 Autos besorgen den Transport, dienen als Stallungen und Wohnungen. Jemandwo schnattern friedlich zwei Gänse. Mit zwei Gänsen, später kamen noch zwei Schweine hinzu, hat Stosch-Sarraiani seine Zirkusfähigkeit begonnen. Zum Andenken daran werden je zwei Exemplare von diesen Tieren gehalten. Die Gänse haben die letzte Weltreise Sarraianis mitgemacht; sie sind sich aber dieser Würde durchaus nicht bewußt.

## Völkerbund im Zelte.

Eine Fabrikfahne heult. Die Musikkorps schmettern. Dann marschieren die Vertreter von 37 Nationen auf. Unterm Zeltbaldach sind sie vereint aus allen fünf Erdteilen, da wollen sie im Spiele ihre Kräfte und Künste zeigen. Und draußen in der Welt, da ist



kriegerischer Zündstoff allüberall aufgehäuft. Fast möchte man den weisen Diplomaten den Rat geben: Geht zum Zirkus, seht praktische Völkerverständigung und lernt davon.

Dann jagt es wild durch die Manege. Rosafin sind es. Sie bewegen sich im Sattel wie auf der festen Erde. Man glaubt es diesen Söhnen der weiten russischen Steppe, daß sie den größten Teil ihres Lebens im Sattel zubringen. Juchzer und Rufe und Schiffe hallen durch den Raum. Die tollsten Reiterkunststücke werden vorgeführt. Zwei Mädchen tanzen und jonglieren dabei mit Dolchen. Dann jagt die wilde Reiterfahne davon.

Der ferne Osten tritt auf. Staunenswerte Fertigkeiten zeigen chinesische Gaukler, Messerwerfer und Springer, Feuerfächer und Jongleure. Schließlich lassen sich einige Kinder des Reiches der Mitte am Pöppel aufhängen und tummeln sich in den Lüften mit lächelnden Gesichtern.

Sarraianis Marjalla zeigt sich dem Publikum. 24 Vollblutpferde folgen den Weisungen ihres Meisters. Stolz traben sie in der Runde oder bewegen sich tänzelnd nach den Klängen der Kapelle.

## Schöne Frauen.

Auch dafür ist bei Sarraiani gesorgt. 60 Tänzerinnen aus den verschiedensten Ländern treten auf. Sei, wie sich die Beine nach Musikrhythmen bewegen, wie sich die Körper wiegen. Und nach Musikrhythmen bewegen, wie sich die Körper wiegen. Und weiße oder gelbe. Hinterher kommen die Spahnmacher zu ihrem Rechte. Nachsalben über Nachsalben tönen durch das Zelt. Das Babusio-Trio versteht es, die Nachmusikeln in Bewegung zu setzen.

In allen Farben des Regenbogens werfen die Scheinwerfer Licht in die Manege. Jansarenlänge. Kongokrieger und Nifkahlen kommen, ein orientalischer Fürst (umgeben von Tänzerinnen, Feuerfächerträgern, Schlangenbesessenen und Akrobaten) steigt von einem Elefanten und begibt sich zu seinem Fürstenthron. Wieder kann man die schönen Frauen der Sarraiani-Schau bewundern. Noch mehr aber die Künste der Gaukler. Es kitzelt einen unter den Fußsohlen, wenn man Keger auf Degenklingen herumklettern oder auf Glasplatten springen sieht. Dressierte Kamel zeigen ihr Können, Zebus springen über Hüden und dann zeigt sich König Dedupis. Wenig königlich ist dieser König. Es ist nämlich ein plumpes Nilpferd, 25 Zentner Lebendgewicht. Es ist nämlich ein plumpes Nilpferd, 25 Zentner Lebendgewicht. Es ist nämlich ein plumpes Nilpferd, 25 Zentner Lebendgewicht. Es ist nämlich ein plumpes Nilpferd, 25 Zentner Lebendgewicht.

## In den Lüften.

Rakengleich klettern zwei blauegekleidete Mädchen in die Zirkustempel. Im Richte der Scheinwerfer turnen sie dort oben in zwei Reihen. Man hält zuzeiten den Atem an. Und oben tanzen die Schönen mit lächelnden Gesichtern. Unten wird unterdessen der Käfig für die Bärenressur aufgestellt, kaum bemerkt von der Zuschauermenge. Polarbären kommen angetrotet. Zwei braune Behe sind darunter. Sie können sich nicht vertragen. Im Sandumdrehen sind sie im schönsten Ringkampf. Mancher mensch-



liche Ringer könnte Griffe und Tricks lernen. Kapitän José Winter hat seine Wieder in Gewalt. Behe dem, der nicht richtig und schnell seinen Platz findet, auf seinem Pelz zeichnet sich die Peitschenschnur. Manches tollt Bild zeigt sich. Alles lacht, wenn die schweren Tiere sich auf der Rutschbahn belustigen oder auf Rollen spazierenfahren. Tollfühnen sind die drei Kanjas am dreifachen Trapez, am Luftred die fünf Artonis und die Sisters Mercedes. Sie fliegen förmlich durch den Raum. Jede Schwerkraft scheint aufgehoben. Sie ernten stürmischen Beifall mit ihren Darbietungen, die wohl zu den Höchstleistungen der Artistik gerechnet werden können. Selten schöne Wilder zeigen sich und man bewundert diese Menschen mit ihrer eisernen Todesverachtung.

Die klassische Reitkunst kommt ebenfalls zu ihrem Recht. Auf seinem weißgekleideten Nag zeigt Georg Burchardi-Fortitt die hohe Kunst der Reiterei.

## Die bezwungenen Riesen.

Sarraianis Niesenelefanten treten auf. Sie erinnern an die Urzeiten unserer Erde, wo Tiere von ungeheuren Ausmaßen die Kontinente bevölkerten. Nach und nach sind sie ausgestorben, haben sich andere Formen Platz machen müssen. Letztes Ueberbleibsel längst verschwundener Riese sind die Elefanten. Wie klein nehmen sich die Menschen auf den Plätzen vor diesen Riesentieren aus. Und alle folgen sie dem Wink ihres Gebieters Hans Stosch-Sarraiani. In Maharadschalleitung steht er im grellen Licht und lenkt die Kolosse. Sie setzen sich gemütlich hin, dann richten sie sich in ganzer Länge auf. Zwei fahren Auto und einer geht vorsichtig über einen kleinen Clown, der ihn unter den Fußsohlen kitzelt. Für ihren Fleiß erhalten die Tiere je ein Brot, das aber bald verschlungen ist.

Dieser Nummer folgt das Gostheater des Mikado. Eine glanzvolle Vereinigung der besten Künstler Japans. Welche Intelligenz zeigen die Handlungen dieser Kinder Japans! Man lernt hier, wie dumm es ist, von der Herrschaftstellung der weißen Rasse zu reden. Und man lernt hier gewissermaßen im Anschauungsunterricht, wie die Farbigen beim Erwachen zum Nationalbewußtsein gegen die unerschämte Ausbeutung der Weißen zu rebellieren.

## Im wilden Westen.

Unter Führung ihres Häuptlings Big Snake treten Indianer auf. Cowboys, Mexikaner, Mulatten, Kreolen und Kreolinnen, Brasilier und Argentinier reiten, schießen und führen Lagerleben in der Arena auf. Ein höchster Nitzsch liegt in dieser Nummer über den wilden Westen. Eine Postkutsche kommt angefahren. Sie wird von den buntbemalten, schreienden Indianern auf weißen Mustangs überfallen. Auf dem Dach und im Innern entspinnen sich Kämpfe. Schließlich gelingt es den Maßgeschützern zu entkommen bis auf ein schmandes Mädchen. Sie wird an den Mutterpfahl gebunden und dann beginnt ein wilder Kriegstanz.



Schließlich zieht Big Snake, die große Schlange, einen Dolch. In höchster Not naht sich der kleine August mit einem riesengroßen Hammer als Retter. Cowboys jagen heran. Ein Kampf beginnt und — natürlich — die Weißen siegen. Genau so geschieht alles wie es bei Old Waverly oder Wildbüter erzählt wird. Die abenteuerlustige Jugend hat hier Gelegenheit, einmal in natura zu sehen, was sie im Versteck mit brennenden Augen und lappendem Herzen in verbotenen Büchern gelesen hat. Aber auch die Erwachsenen freuen sich beim „wilden Westen“. „Aus der Jugendzeit“ kommen Erinnerungen. Und mit diesen Erinnerungen geht man in die frohgelebte Herbstnacht und in dunkler Kammer gaukeln Träume noch einmal die bunten Bilder des Zirkus Sarraiani.

# Magdeburger Angelegenheiten

## Vom Amtsschimmel

Manch ergötlichen Spaß hat sich dies liebe Tierchen schon geleistet, so manches Mal hat es der Öffentlichkeit zum Lachen oder Grinsen über seine Kapriolen Veranlassung gegeben. Wir können eine neue Heldentat von ihm berichten.

Ein Groß-Ottersleber Einwohner hat ein Haus gekauft. Vom Grundbuchamt bekommt er eine Rechnung in Höhe von 26,75 Mark Gebühren für Eintragung usw. Der Käufer will die Rechnung durch Postgebühren erlebigen. Er geht zur Post, weiß jedoch nicht genau, weil er die Rechnung vergessen hat, wie hoch die Summe ist. Er zahlt 27,75 Mark ein, also 1 Mark zu viel. Das war am 6. September. Am 9. September bekommt er mit der Post die zuzielbezahlte Mark zurück. Auf dem Abschnitt ist ein entsprechender Vermerk.

Der Mann freute sich natürlich über die korrekte Gerichtskasse ebenso, wie er sich vorher über seinen eigenen Irrtum geärgert hatte. Er war zufrieden, daß die Sache mit dem Hauskauf nun endlich erledigt war, denn manche Kauferei gibt es ja bei so etwas.

Aber er hatte die Rechnung ohne den Amtsschimmel gemacht. Nach etwa 1 Monat, am 5. Oktober, kam er einmal vom Felde mit seiner Frau nach Hause — die 18jährige Tochter war allein daheimgeblieben —, da mußte er hören, daß ein Gerichtsvollzieher dagewesen war, der einen Schrank und einen Tisch gepfändet hatte. Der „Kudud“ lebte an Türen und Kästen. Das Ehepaar war nicht wenig erstaunt. Was hatten sie verbraucht? Das junge Mädchen war auch nicht in der Lage aufzuklären zu können, da sie vor der hohen Amtssperre ganz verwirrt gemorden war.

Dann aber kam die Vollstreckungsurkunde. Weil die oben genannte Rechnung nicht bezahlt worden sei, wäre die Pfändung erfolgt. Und nicht nur das. Für die Bemühungen des Gerichtsvollziehers und die Kosten der Pfändung sollen außerdem 4 Mark gezahlt werden.

Der Betroffene wird selbstverständlich Einspruch gegen das Verfahren erheben und er wird beweisen, daß seine Rechnung längst bezahlt ist, denn zum Glück hat er die Quittungen aufgehoben. Aber wer bezahlt die Pfändungskosten und wer stellt die anderen Schäden wieder her, die der Mann gehabt hat durch Arbeitsverdümmnis bei den Wegen, die er nun machen mußte, um alles wieder einzurufen? Wenn er sich an den Amtsschimmel wendet, wird der sagen, daß er damit nichts zu tun hat.

## Magdeburg, die Stadt des neuen Bauwillens

Stadtbaurat Göderitz behandelte am Montag abend als vierter Redner in der „Städtebau- und Siedlungswache“ der Volkshochschule wichtige und grundlegende Fragen des Städtebaues unter besonderer Berücksichtigung der Magdeburger Verhältnisse und Notwendigkeiten. Städtebau war vor 20 Jahren, so führte der Redner aus, kaum erst eine Angelegenheit der Fachleute. Heute kann man es wagen, diese Probleme der Öffentlichkeit vorzutragen und findet dabei auch Interessenten.

Städtebauforderungen ergeben sich aus den Mängeln der Großstadt, Mängel gesundheitlicher und verkehrstechnischer Natur vor allem. Das Städtebauproblem ist lange vernachlässigt worden, obwohl in der Öffentlichkeit ein starkes Interesse an schönen alten Städten bestand. So wurde es dann auch zur Gefahr, daß man in fläviischer Nachahmung alter Städte neue Aufgaben zu lösen suchte, als überhaupt nach größeren Plänen Städte oder Stadtteile gebaut wurden. Der Sinn modernen Städtebaues muß sein: Schaffen eines Planes aus dem Geiste der Zeit heraus, nicht Nachschöpfen vergangener Kunstepochen.

Das Wachstum der Städte muß organisch sein. Wachsen ist ein Vorgang an sich, der nur gefördert werden kann durch Schaffung günstiger Bedingungen. Wohn- und Arbeitsstätten, Verkehrswege und Erholungsflächen müssen zueinander in ein richtiges Verhältnis gebracht werden. Das Vorhandense ist zu einem gewissen Teile zu bessern durch Umbauten. Das Neue, die Stadterweiterung muß geplant werden, solange es noch nicht da ist, nicht nur für das Nachfolgende, sondern für das denkbare Zukünftige. Diese Grundzüge waren auch bei dem Vortrag von Professor Schumacher aufgestellt worden.

Wesentlich für den Plan einer großen Stadt und seiner Zukunftsgestaltung ist die Befähigung der Ausführenden. Von zwei Seiten kommen die Anforderungen bei Planung des Zukünftigen: Die Bodenpekulation, das Wirtschaftliche will, daß die Interessen der einzelnen Besitzer möglichst gewahrt werden, ja daß für jeden möglichst viel dabei an Gewinnen und Vorteilen herausspringt. Dem entgegen steht der Drang des Künstlers nach dem Schönen. Kunst bedeutet hier nicht mehr nur Ästhetik, sondern Kunst ist heute Schaffung des Nützlichsten im Sinne des Werdens einer Not. Praktische Notwendigkeiten und künstlerische Ansprüche müssen sich bedenken. Eines muß aus dem andern werden, wenn das Schöne und Gute entstehen soll.

Unsre Zeit ist schlechter daran als die frühere. Es ist eine Zeit der Gärung und der Umwertung aller Werte. Technische Entwicklungen in nie geahntem Umfange stellen immer neue Probleme. Nur Leute, die den Geist der Zeit verstehen, sollen darum an die Spitze eines Gemeinwesens gestellt werden. Magdeburg hat nach dem Kriege gezeigt, daß es die Zeichen der Zeit verstand. Der Geist des neuen Bauens fand hier eine Förderung, wie kaum anderwärts. Meist hatte man das Neue dort nur als interessantes Experiment geduldet, es jedoch nie ernsthaft gefördert.

Mit der Gründung einer Städtebauabteilung beim städtischen Hochbauamt vor 6 Jahren begann die Arbeit an Magdeburgs Generalstädtebauplan, der noch unter der Leitung Bruno Lauts zustande kam. Bei der baulichen Beeinflussung von städtebaulichen Teilaufgaben war von großem Werte die Beteiligung der öffentlichen Hand beim Wohnungsbau. Kräftige Mit- und gutes Verständnis fand Magdeburg bei seinen Baugesellschaften. Die wichtigste Aufgabe unserer Zeit, nämlich Schaffung einer gesunden Volkswohnung, konnte auf diese Weise in großzügiger Gestaltung durchgeführt werden.

Auch die Errichtung öffentlicher Gebäude geschah im Geiste der neuen Baugesinnung. Der Redner verwies dabei auf die Schlachthofbauten, auf das Volkshaus in Südost, auf das Apparatshaus des Gaswerks und auf die Stadthalle. Zahlreiche Lichtbilder gaben Beispiele vom Wirken der Bauleute in Magdeburg. Pläne der zukünftigen Stadtgestaltung, der Verkehrswege und der Grünanlagen wurden gezeigt. Auch Teilbaupläne für einzelne Siedlungsgebiete und Luftbilder von der Stadt. Gerade bei den letzteren war ersichtlich, wie viele Mängel die alte Stadt hat. So sind die Baumassen der Altstadt ohne jede Durchlüftung mittels Grünanlagen. Auch die Lage der Stadt, abgeteilt von der Elbe durch die Eisenbahnanlagen wird deutlich beim Luftbild. Hier gilt es zu bessern. Die Stadt hat den Willen zum Neuen. Es muß ihr Wille anerkannt und unterstützt werden von der breiten Masse der Bevölkerung. Stadtbaurat Göderitz hat zum Schluß um diese Unterstützung, damit nicht nur außerhalb unserer Mauern das, was Magdeburg tut, Anerkennung findet.



# Aus der Wirtschaft

## Wirtschaftlicher Wochenbericht

Die Girozentrale-Kommunalbank Magdeburg teilt mit: Die Reichsbank hat infolge ihrer starken Zinsanspruchnahme am 4. Oktober den Diskont- und Lombardfuß um ein volles Prozent und zwar auf 7 bezw. 8 Prozent erhöht. Die Rate der Golddiskontbank ist mit 6 Prozent unverändert geblieben. Der Generalagent für die Reparationszahlungen hat seinen Widerspruch gegen die Auflegung der Preußen-Anleihe zurückgezogen, nachdem der Reichsbankpräsident Dr. Schacht erklärt hat, daß die Anleihe tatsächlich produktiven Zwecken dient. Damit dürften die Schwierigkeiten gegen die Auflegung der Anleihe in Amerika beseitigt sein.

Nach den Berichten der preussischen Industrie- und Handelskammern hat sich die allgemeine Wirtschaftslage im September gegenüber dem Vormonat nicht wesentlich geändert.

Nach dem Bericht des Stahlwerksverbandes hält die Nachfrage aus dem Inlandsmarkt in etwas beschränkter Weise an. Auf dem Weltmarkt lassen die niedrigen Preise eine Ausfuhr nicht lohnend erscheinen.

Die neuesten Indexziffern betragen: für Agrarstoffe 130,1 gegen 130,9 Prozent der Vorwoche, für Kolonialwaren unverändert 129,8 Prozent, für Rohle 130,8 gegen 130,2 Prozent der Vorwoche, für Eisen unverändert 124,2 Prozent, für Metalle 103,6 gegen 104,8 Prozent der Vorwoche, für Textilien 165,6 gegen 162,8 Prozent der Vorwoche, für industrielle Fertigwaren 151,4 gegen 151,1 Prozent der Vorwoche. Der Gesamtindex beläuft sich auf 139,9 gegen 139,6 Prozent der Vorwoche.

Die Haltung der Börse war während des ersten Teiles der Berichtswoche durchaus freundlich, so daß eine ganze Reihe von Spezialpapieren sowie Elektro- und Montanwerte erhebliche Kursbesserungen verzeichnen konnten. Nach Bekanntwerden der Diskonterhöhung trat eine allgemeine Abschwächung ein in einem Umfang, daß die Kursbesserungen der letzten Tage zum größten Teil abforbiert wurden.

Während der Berichtszeit konnte die Mark an allen ausländischen Plätzen wesentliche Steigerungen durchsetzen.

Der Geldmarkt zeigte, hervorgerufen durch die Quartalsabwicklung, eine erhebliche Anspannung. Der Privatdiskontsatz zog als Folge der Erhöhung des Reichsbankfußes ebenfalls erheblich an.

**Dollaranleihe der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten.** Der Verband Deutscher öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten wird von einer nordamerikanischen Bankgruppe eine Anleihe in Höhe von 10 Millionen Dollar übernehmen. Der Auszahlungskurs beträgt, wobei alle Kosten berücksichtigt sind, 90,2 Prozent. Die Verzinsung stellt sich auf 6 1/2 Prozent. Für die Kreditnahme kommen in Frage die sippische, braunschweigische, hessische, nassauische und die thüringische Landesbank, die Landesbanken in Westfalen, Niederschlesien und Oberschlesien, die Provinzialbank Pommern, die Landeskreditkasse Kassel und die Kreditanstalten sächsischer Gemeinden.

# Gewerkschaftsbewegung

## Westfremde Schlichter

Mit welcher Fremdheit manche Schlichter oft an die Erledigung ihrer Aufgaben herangehen, dafür liefert die Haltung des Schlichters für das Rheinland, Herrn Dr. Zoeten, in dem Kariffreieit der Solinger Metallindustrie einen neuen Beweis. Seit Wochen stehen in Solingen Teile der Arbeiter der Stahl- und Schneidwarenindustrie wegen Lohnforderungen und Neuabschlusses eines Rahmenvertrags im Streit. In den Kampf der Parteien griff zunächst ohne Anruf der Schlichtungsanstalt Bergischland ein und fällt eine Schiedsrichter, der den Forderungen der Solinger Arbeiter nicht entspreche. Dieser Schiedsrichter wurde von dem Deutschen Metallarbeiterverband und von den Unternehmern abgelehnt. Dr. Zoeten hat jedoch diesen Spruch von „Amts wegen“ für verbindlich erklärt, trotzdem beide Parteien Arbeiter wie Unternehmer, den Schlichter ersuchten, die Verbindlichkeitsklärung nicht auszusprechen. Die Arbeiter sind über das Vorgehen des Schlichters aufs äußerste empört.

Mit der Verbindlichkeitsklärung scheinen auch die Unternehmern nicht einverstanden zu sein, wie folgender Vorgang beweist: Ob der Einzelstreik hatten die Unternehmer zum 6. Oktober die Ausperrung der gesamten Metallarbeiter der Solinger Industrie angekündigt. Als nun am Morgen des 6. Oktober die Verbindlichkeitsklärung des Schlichters bekannt wurde, gab der Arbeitgeberverband an seine Mitgliederfirmen Anweisung, daß die Ausperrung aufgehoben sei, die getroffenen Kündigungen also nicht wirksam würden, die Arbeiter aber nur mit eintägiger Kündigungsfrist — bisher 14-tägiger — befristet werden könnten. Die Arbeiterchaft betrachtete diese neue Verschlechterung ihres Arbeitsverhältnisses als Herausforderung und legte nun auch in den wichtigsten Betrieben die Arbeit nieder. Der Kampf wird jetzt nach der Verbindlichkeitsklärung des Lohnschiedsrichters in Solingen gegen die Verschlechterung des Arbeitsverhältnisses und für einen annehmbaren Rahmenvertrag geführt.

Unwillkürlich muß man die Frage aufwerfen: Was ist denn nun durch die unglückliche Verbindlichkeitsklärung des Schlichters erreicht? Den Arbeitern wurde zwar ein ungenügender Lohnschiedspruch aufgezogen, die Erhaltung oder Wiederherstellung des Wirtschaftsfriedens wurde jedoch nicht erreicht; im Gegenteil: durch die Vorgänge der letzten Tage sind Kampfeswille und Erbitterung in den Reihen der Arbeiter nur gestiegen. Die Arbeiter sind jetzt gewillt, ihre letzte Kraft gegen die Verschlechterungen und für die Erklämpfung des Rahmenvertrags einzusetzen.

**Verhärfung und Verlängerung des Arbeitskampfs** — war das der Zweck der Uebung des Herrn Doktor Zoeten? Verhärfung und Verlängerung des Arbeitskampfs — kann dies der Sinn der Schlichtungsordnung sein? Die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedsrichters ist ein Hoheitsakt des Staates. Wir fragen: „Leidet unter dem Streike, den sich der Schlichter in Solingen geleistet hat, nicht die Staatsautorität?“ Von dem Mißtrauen der Arbeiterchaft, das durch herabsetzende Vorgänge geradezu gewaltig gegen die Schlichtungsorgane nachgerufen wird, braucht man erst gar nicht zu reden. An eine baldige Beendigung des Kampfes in Solingen ist jetzt nicht mehr zu denken. Die Solinger Industrie muß mit einem langen Wirtschaftskampfs rechnen.

## Die Reichsbahn kann zahlen

Die Reichsbahn-Gesellschaft hat es bis jetzt noch immer nicht für nötig gehalten, einen Verhandlungstermin zur Neuordnung der Löhne anzusetzen. Der Herr Generaldirektor läßt sich Zeit. Will die Reichsbahn dadurch, daß sie den Organisations- und Schlichter zeigt, den Eisenbahnarbeitern sagen, daß sie alle Hoffnungen auf Lohnerböhung aufgeben sollen? Die Neuordnung der Eisenbahngehälter ist fällig; sie ist notwendig, sie ist möglich. Der August-Abschluß der Reichsbahn-Gesellschaft zeigt auf seiner Einnahmeseite wieder ein Resultergebnis. Der Einnahmeverkehr 153 944 000, Güterverkehr 275 441 000, sonstige Einnahmen 81 969 000, zusammen 411 354 000 Mark. Ausgaben: persönliche Ausgaben 176 478 000, sachliche Ausgaben 115 928 000, laufende Jahres betragen die Gesamteinnahmen 3 263 108 000, Ausgaben 2 576 876 000, Betriebsüberschuss 686 232 000 Mark.

Nach dem Abschluß vom August und nach den mit Sicherheit zu erwartenden guten Resultaten der kommenden Monate ist die Haltung der Gesellschaft gegenüber den Lohnforderungen ihrer Arbeiter, gelinde gesagt, unverständlich.

Die Forderungen der Eisenbahnarbeiter sind berechtigt. Sie wünschen einen Ausgleich für die gestiegenen Kosten der Lebenshaltung und eine Bezahlung der größeren Arbeitsleistung, durch die allein erst solche Reformmaßnahmen wie im Juli und August möglich gewesen sind.

## Wenn Bürgerliche regieren

In Dänemark war vom früheren sozialistischen Kabinett ein Schiedsgericht geschaffen worden, das bei Streitfällen zwischen Beamten und Verwaltung sowie bei Neuordnung von Dienstbedingungen und Gehaltsfragen mitwirken sollte. Der bürgerliche Finanzminister hat zu Beginn dieses Jahres dieses Schiedsgericht wieder aufgehoben.

Die Beamtenorganisationen, die der Aufhebung waren, daß diese Aufhebung nicht durch eine einfache Verordnung erfolgen könne, klagten auf Ungültigkeitserklärung des Ministerialerlasses. Das Landgericht Kopenhagen hat nun die Klage der Beamten abgewiesen und dem Minister das Recht zugesprochen, das Schiedsgericht durch einen Federstrich zu beseitigen.

**Streik und Aussperrung in der Leipziger Zigarrenindustrie.** In der Leipziger Zigarrenindustrie beschloßen die Fachgruppen der Sortierer, Ristenmacher, Fertigmacher und Blattarbeiter, die Arbeit niederzulegen, da die Unternehmer die Lohnforderung von 20 Prozent glattweg ablehnten und keinerlei Entgegenkommen zeigten. Nach dem Streikbeginn bei Hasche u. Dahmann haben die Firmen die übrige Belegschaft ausgesperrt. Gleichzeitig hat die Firma Hasche u. Dahmann den Arbeitern in ihren Filialbetrieben Frankenberg, Schönau und Reinsig gekündigt.

Für verbindlich erklärt. Der Schiedsrichter für die westfälische Textilindustrie ist vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden. Diese Verbindlichkeitsklärung gehört mit zu den Unbegreiflichkeiten, die im Reichsarbeitsministerium allmählich zur Regel geworden sind. Ob mit dieser Verbindlichkeitsklärung der westfälischen Textilindustrie für die nächste Zeit der Friede gesichert worden ist? Die Verantwortung dieser Frage wird davon abhängen, wie die Unternehmer die Lohnerböhung für die Arbeiter zu regeln gedenken.

**Frantzösischer Bergarbeiterkongreß.** Der Kongreß der französischen Bergarbeiter ist am Montag im Pariser Gewerkschaftshaus eröffnet worden. Erschienen sind die Vertreter von 15 Grubenbezirken. Die Vormittagsführung war mit einem Bericht über die Lage in den einzelnen Bezirken ausgefüllt. Auf der Tagesordnung stehen die Fragen der Arbeitslosenunterstützung, der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Schaffung gemischter Kommissionen und der Pensionen.

**Zurück zur Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale.** Ein Antrag auf Wiedereintritt in die Amsterdamer Internationale soll nach einem Beschluß des Landesvorstandes des norwegischen Gewerkschaftsbundes auf dem Jahreskongreß der norwegischen Gewerkschaften, der Ende dieses Monats stattfindet, gestellt werden. Der Beschluß wurde mit 13 gegen 9 Stimmen gefaßt. Auf dem Jahreskongreß ist mit einer starken Opposition gegen diesen Antrag zu rechnen, doch ist zu bedenken, daß die Verhältnisse in Norwegen sich wenigstens insoweit gebessert haben, als die Minderheit sich einem Mehrheitsbeschluß, in welche Richtung er auch gehen mag, auf alle Fälle fügen wird. Jedenfalls wird eine neue Spaltung nicht eintreten.

# Vom Arbeitsgericht

## „Doktor und Direktor“

Ein Streit um 410 Mark. Der Angestellte G. fordert diese Summe von dem Direktor des Instituts „Volksgesundheit“ und ging, da ihm die Zahlung verweigert wurde, zum Arbeitsgericht. „Kestgehalt für Juli und August“, so wurde die Forderung begründet, die folgendermaßen zustande kam:

G. nahm eine Stellung bei der „Volksgesundheit“ als Gehilfen an. Er schloß mit seinem Arbeitgeber Herrn Sch. einen Vertrag, in dem G. als Wundarzt verpflichtet wurde. Am 6. August nun, nachdem das Gehalt für Juli noch nicht gezahlt war, verließ der Heilfundiige seine Stellung und forderte von dem Direktor den verdienten Lohn von 410 Mark. Auf diesen selbstverständlichen Anspruch gab aber der Herr Sch. dem Gericht eine Antwort, die eine Kette von Beleidigungen des G. bedeutete. Der ehemalige „Doktor“ des Instituts war nach seinem Schreiben nur ein Hauswache, der als Hochstapler sein Geld verdienen wolle. Mühselig sagte Herr Sch. in der Verhandlung, G. habe sich den Patienten gegenüber als Doktor ausgegeben, obgleich er diesen Titel gar nicht besäße. „Das ist richtig“, meinte der Angestellte, denn Sie haben mich den Patienten als Doktor vorgestellt, und Doktor wird in solchen Instituten jeder Barbier genannt. „Und Sie“ so führte der junge Mann aus, „nennen sich Direktor und sind doch nur gelernter Maler.“

Diese belustigenden Auseinandersetzungen interessierten aber den Richter nicht. Maßgebend war, daß G. seinen Dienst bis zu dem angegebenen Tage verrichtet hatte und daß die Angabe des Heilfundiigen, russischer Wundarzt zu sein, richtig war. Die Gehaltsvereinbarung war ja auf Grund dieser Angabe geschlossen worden. Der Heilfundiige konnte den Beweis über seine Behauptung nicht sofort erbringen und darum wurde der Streitfall nochmals vertagt. In der weiteren Verhandlung lag eine Ausfertigung der Unbefähigt-Minil vor, wonach G. tatsächlich die Befähigung eines „russischen Wundarztes“ besäße.

Auf Grund dieses Schreibens verurteilte das Gericht den Direktor des Instituts „Volksgesundheit“ zur Zahlung des Kestgehalts von 410 Mark.

## Die Probezeit

Arbeitgeber und Angestellte sind berechtigt, vor Beginn eines Dienstverhältnisses eine sogenannte Probezeit zu vereinbaren. Diese Probezeit darf nach dem Gesetz nur 3 Monate dauern. Wird die gegenseitig oder vereinbarte Probezeit überschritten, tritt ein festes Angestelltenverhältnis ein, das nur durch Kündigung des Vertrags gelöst werden kann.

Fräulein Elfriede hatte bei der Firma N. eine Stellung als Kontoristin angenommen. Die Probezeit währte zuerst bis 30. Juli, wurde dann aber bis 14. August festgelegt. Sehr erkrankt war nun das junge Mädchen, am 6. September vom Geschäftsführer der Firma die Entlassung zu erhalten. Anschließend ging die Firma von dem irrigen Standpunkt aus, daß eine Probezeit so lange andauere, bis ein festes Angestelltenverhältnis vereinbart wird. Da dies jedoch nicht geschah, aber die vereinbarte Probezeit überschritten war, mußte das Dienstverhältnis weitergeführt werden.

Der Firmenvertreter ließ es jedoch auf einen Prozeß ankommen. Vor Gericht meinte er, eine verlängerte Probezeit mit täglicher Kündigung abgemacht zu haben. Behaupten konnte er dies aber nicht, zumal die Entlassung während seiner Abwesenheit von einem andern Geschäftsführer gekündigt wurde. Elfriede bestritt solche Vereinbarung über den 14. August hinaus. Da beide Parteien von ihrem Standpunkt nicht abgingen, beschwerten Richter und Verbandsvertreter eine Einigung, die auch zum Erfolg führte. Der Firmenvertreter erklärte sich bereit, Elfriede bis zum Tage der gesetzlichen Kündigung weiter zu beschäftigen.

Rasch erscheint es jedoch, derartige Vereinbarungen von Probezeiten stets schriftlich zu tätigen, da mündliche Abmachungen nur dann Beweiskraft genießen, wenn sie unter Zeugen abgeschlossen werden.

# Meine Chronik

## Flug Frankreich-Südamerika

Die beiden französischen Piloten Coste und Le Orig sind am Montag vormittag um 9.40 Uhr auf dem Flugplatz Le Bourget (Paris) zu einem Clappenflug nach Buenos Aires aufgestiegen. Die beiden Piloten wollen ihr Ziel in vier Etappen erreichen. Die erste Zwischenlandung soll in St.-Louis in Nordwestafrika, an der Mündung des Senegals, erfolgen. Das ist eine Entfernung von 2500 Kilometern. Die zweite Landung ist für Natal in Ostbrasilien, die dritte in Rio des Janeiro beabsichtigt. Das Flugzeug, das die Namen Kluge und Coki trägt, ist ein Breguet-Doppeldecker mit einer Sendebatterie und einer Empfangsbatterie. Die Maschine hat einen 600-PS-Motor und führt 2800 Liter Benzin mit sich. In Nord befinden sich 600 Kilogramm Briefpost, Zeitungen und zwei kleine Pakete an den Präsidenten von Argentinien. Der Start ging ohne Schwierigkeiten vor sich, das Wetter soll für die Durchführung des Fluges denkbar günstig sein.

Nach 24 Stunden.

In London, 11. Oktober. Die französischen Maschinenpiloten, die gestern um 21.58 Uhr über Casablanca (Marokko) flogen, sind heute früh um 8.15 Uhr auf dem Wege nach St. Louis (Senegal) über Port Etienne gesichtet worden.

## Wieder ein Oceanflug

Neuhort, 11. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Nichte des früheren Präsidenten Wilson, Fräulein Grayson, ist gestern von Long Island zu einem Transoceanflug gestartet, der sie nach Dänemark führen soll.

Die Fahrt erfolgt auf einem Sikorski-Flugzeug. Außer Fräulein Grayson ist noch ein Pilot und ein Techniker an Bord. Das Flugzeug ist für Landungen sowohl auf dem Wasser wie auf dem Land eingerichtet und hat zwei Motoren.

## „Zwecks Heirat“

Die Gerichtsaaktrubrik fördert in den letzten Tagen wieder einmal allerlei aus der Geschäftsgebarung der Heiratsbermittler und ihrer wilden und unlauteren Konkurrenz, der Heiratschwindler, ans Tageslicht. Die hübsche Frau, die eiliche geprellte Heiratslustige zur Verantwortung zogen und die, vom Richter befragt, ihr aus der Dummheit derer, die nicht alle werden, bezogenes Einkommen freiwillig mit monatlich 1200 bis 1500 Mark angab; die altbekannte Figur der abligen Glücksjäger, der die Liebes- und Eheheiratschneiderei ebenfalls zur Bestreitung seines Lebensunterhalts nützte und andre mehr.

Nach wie vor wird mit der Blindheit Verliebter allzu starker Mißbrauch getrieben und das seelische Chaos dieser Darben treibt sie immer wieder in die Hände gerissener Spekulanten.

Das Handwerk wird in den verschiedenartigsten Formen ausgeübt. Außer den bereits zur Genüge bekannten Varianten gibt es noch andre, vielleicht weniger populäre „Betriebsarten“. So existieren z. B. hauptsächlich im Westen Berlins, sogenannte Tanz- und Geselligkeitsklubs, deren Publikum sich ausschließlich aus Heiratswütigen beiderlei Geschlechts rekrutiert. Die Sache wird folgendermaßen in Szene gesetzt: Die Hausfrau bzw. Arrangiererin, mietet ein elegantes Gesellschaftszimmer in einem Hotel zu regelmäßigen gesellschaftlichen Zusammenkünften an bestimmten Nachmittagen. Hierauf läßt sie Heiratsgesuche, abwechselnd im männlichen oder weiblichen Namen, einreichen, zum Beispiel „flotte Automobilistin sucht Sportpartner, oder: gut situiertes, vornehmer Fünfziger sucht lustige Kameradin zu großer Geselligkeit“ all dies mit dem ersüßlichen und unumgänglichen Schlußpassus „zwecks Heirat“, oder sie antwortet auf fremde Inzerate im Namen der oder des Gesuchten. Treffpunkt beflagtes Klublokal an dem und dem Tage.

Die Heiratslustigen werden nun bei ihrer Ankunft von einer überblonden, stark runden Dame, Typ einer, die den „Mummel kennt“, mit besitzender Liebeswürdigkeit empfangen. Die männlichen Ankommlinge werden sofort darüber ins klare gestellt, daß nicht sie die „Heiratsheute“ ist, worauf sich deren anfängliche tödliche Erhördensheit sofort in ein bescheidenes, verbindliches Lächeln wandelt.

Hierauf geht's, wie bei bestimmten Tanzbergnügen, an die Kasse. Herren 5 Mark, Damen 3 Mark. Dieser Betrag sichert Eintritt, Mitgliedschaft und die verlockende Aussicht auf die „ersehnte Ergänzung“.

Im Saale kummelt sich bereits Männliches und Weibliches, es wird getanz, geplaudert und gestirrt, Kaffee getrunken usw. Die Dame des Hauses bittet hierauf die Neulinge, an irgendeinem Tische Platz zu nehmen, worauf sie, mit einem aufmunternden Lächeln zur Empfangnahme Neugekommener entleuchtet. Sie schickt hier, arrangiert dort, kurz ihre gesellschaftlichen Verpflichtungen nehmen sie vollständig in Anspruch und so läßt sie dem Neuling Zeit, sich erst mal zu orientieren, oder stellt es ihm schweigend anheim, unter den erschienenen Töchtern bzw. Söhnen des Landes selbständig seine Wahl zu treffen.

Es ist anzunehmen, daß nicht alle der Neuentretenden gleich wissen, daß sämtliche Anwesenden den gleichen Wunsch im Busen hegen und demnach auf dieselbe Weise und zu demselben Zwecke hierher gelangten. „Wo alles trinkt, kann man allein nicht fassen“, und so bestellt man sich zunächst auf jeden Fall einen Kaffee. Man studiert, je nach Temperament und wehmännlicher Sicherheit, die anwesenden Damen, knüpft mit einer zunächst und allein sitzenden irgendein Gespräch an und harret im übrigen geduldig der Dinge, die da kommen sollen.

Nachdem sich aber eigentlich so gut wie nichts ereignet, macht man sich bei dem weiblichen Manager bemerkbar, um sie nach dem Verbleib der Gewünschtesten zu befragen. Darauf erhält man meist die behauernde Mitteilung, daß die Betreffende „gerade heute selber nicht anwesend“ sei, aber das nächste Mal bestimmt usw. Gleichzeitig wird man durch Augenwinkeln auf die vorhandene Weiblichkeit und deren als bestimmt anzunehmendes Entgegenkommen verwiesen.

Das Fazit des Ganzen: Man tröstet sich mit dem Vorhandenen, man versucht das nächste Mal auf neue sein Glück, oder man pfeift auf die erschöpfenden 5 Mark und bleibt weg. Diese Sorte ist der Veranfallterin vielleicht die liebste. Und: wo kein Kläger, ist kein Richter.

## Künstliches Gold?

Dem „Nordböhmischen Tageblatt“ wird gemeldet, daß der in Trentschin wohnhafte Metallgießer Joseph Benecovic eine goldähnliche Legierung zustande gebracht hat, die in höchstem Maße Aufsehen erregt.

Die chemische Form der Legierung ist nicht bekannt. Man weiß nur, daß sie Eisen und Zinn und verschiedene andre Metalle enthält. Die Farbe der Legierung ist goldgelb. Die Legierung selber rostet nicht und zeigt äußerlich das echte Bild des Goldes. Die Legierung ist schwerer als Eisen und härter als Kupfer.

Benecovic ist mit einer nicht näher bezeichneten deutschen chemischen Gesellschaft in Verbindung getreten, die ihren sachverständigen Vertrauensmann bereits nach Trentschin entsandte.

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

# Chinosol

wirkt ausgezeichnet gegen Schnupfen.  
zu haben in allen Apotheken und Fachdrogerien.





# Nachrichten aus der Provinz

## An die Parteigenossen!

Die Werbeweche im Herbst 1926 brachte dem Bezirk Magdeburg-Anhalt über 3800 neue Mitglieder und 5500 neue Zeitungsleser. Je nach der Güte und der Ausgiebigkeit der organisatorischen Vorarbeiten war der Werbeerfolg in den einzelnen Ortsvereinen und Unterbezirken verschieden. Mit dem Gesamterfolg jedoch konnte der Bezirk Magdeburg-Anhalt bestehen. In diesem Jahre muß die

Werbeweche vom 6. bis 13. November

das Vielfache des vorjährigen Resultats bringen. Alle Unterbezirks- und Ortsvereinsvorstände sollten deshalb keinen Tag vergehen lassen, ohne mit den Vorarbeiten begonnen zu haben. Besonders diejenigen Organisationsleitungen, deren Unterbezirk oder Ortsverein im vergangenen Jahre mit ihren Resultaten weniger gut abschnitten, müssen alle Mittel zur Belebung der Agitationsarbeit ausschöpfen. Das Resultat der Werbung wird der Maßstab für die Beurteilung der geleisteten Vorarbeiten sein.

Wir empfehlen in sämtlichen Ortsvereinen die Abhaltung von Funktionärskursen und Mitgliederveranstaltungen. Diese haben sich mit der Agitation zu beschäftigen. Nach Möglichkeit muß ein Vertreter des Unterbezirks an den Beratungen teilnehmen. Jeder Genosse, jede Genossin sollten über die Notwendigkeit der Agitationsarbeit aufgeklärt werden. Es gilt, möglichst viele Mitarbeiter zu gewinnen. Jedes gesunde Parteimitglied mußte Funktionär sein und in der Werbearbeit mitarbeiten.

Der Erfolg der Werbearbeit kann erheblich gesteigert werden, wenn

### die Feier des Revolutionstages

gut ausgefallen wird. Wir erwarten von allen Ortsvereinsvorständen, daß sie durch eine lebhafte Agitation für die Revolutionsfeier das Interesse für die Partei karkten. Nebenvermitteln die Unterbezirkssekretariate, die auch sonst mit Rat und Tat zur Seite stehen werden. Ortsvereine, die eine Unterstützung des Bezirksbildungssekretariats brauchen, können sich dorthin wenden.

Die organisatorischen und agitatorischen Vorbereitungen in diesem Herbst gelten dem

### Wahljahr 1928.

Je mehr Mitglieder unsere Partei und je mehr Zeitungsleser die Parteipresse zählt, desto leichter wird uns der schwere Kampf im nächsten Jahre werden. Die politischen Gegner werden kein Mittel verschmähen, das geeignet ist, den Vormarsch der Sozialdemokratie zu hemmen. In vielen Gegenden des Reiches beginnt der Wahlkampf bereits seine Schatten vorauszuwerfen. Besonders die bürgerlichen Parteien in ihrer Gesamtheit, unsere natürlichen Gegner, sind eifrig bemüht, die Wähler einzufleischen und ihre Organisation auf den Kampf des Wahljahres einzustellen. Besonders aktiv gebärden sich die Deutschnationalen, die ankündigen, daß sie mit der Sozialdemokratie

### um die Seele der Arbeiter

ringen wollen. Die Deutschnationalen suchen sich in den Städten feste Positionen zu schaffen, weil sie glauben, daß ein großer Teil der Landbevölkerung ihnen sowieso seine Stimme geben wird.

Wofür, wir nehmen diesen Kampf mit den Deutschnationalen und ihren Trabanten, den übrigen bürgerlichen Parteien, freudig auf. Wir werden auch nicht davor zurückschrecken, den uns von den Kommunisten aufgezwungenen Kampf zu führen. Denn wir wissen, die

### Kommunisten sind die Helfershelfer der Reaktion.

Sie sind das Unglück des deutschen Proletariats und müssen deshalb von uns genau so behandelt werden, wie alle andern politischen Gegner der Sozialdemokratie.

Soll die Partei jedoch alle Kämpfe siegreich bestehen, so sind neben einer guten Organisation gute Klassenverhältnisse nötig. Der Bezirksvorstand hat deshalb den Beschluß gefaßt, wie wir den Ortsvereinen bereits durch Mundschreiben mitgeteilt haben, vom 4. Quartal 1927 an

### eine 14. Beitragsmarke

zu erheben. Jedes Mitglied ist nach diesem Beschluß verpflichtet, im Vierteljahr statt 13 regelmäßigen Wochenbeiträgen deren 14 zu zahlen. Außerdem sollen die besser situierten Genossen erhöhte Wochenbeiträge zu 50 Pfennig und 1 Mark leisten. Schließlich wird der Bezirksvorstand auch frühzeitig Sammelkisten herausbringen.

Eine weitere Vorbedingung für eine gute Organisation ist die regelmäßige Abführung der Beiträge an den Bezirksverband. Deshalb muß das Bezirkssekretariat verlangen, daß die Vierteljahrsabrechnungen so schnell wie möglich eingeleistet werden. Leider haben viele Ortsvereine die Abrechnung Juli-September noch nicht eingeleistet. Ortsvereinsvorstände, bedenkt, daß ihr dem Bezirkskassierer die Arbeit sehr erleichtert und die Freude aller Funktionäre erhöht, wenn ihr pünktlich abrechnen könnt. Wir hoffen deshalb bestimmt auf baldige Abrechnung aller Ortsvereine.

### Der Bezirksvorstand.

J. A. Gustav Ferl,  
Magdeburg, Regierungstraße 1.

### Konferenz der Bildungsausschüsse

Am Sonntag den 6. November findet in Magdeburg in der Aula der Luisenschule, Prälatenstraße, Eingang Breiter Weg, eine Konferenz der Bildungsausschüsse des Bezirks Magdeburg-Anhalt statt. Die Tagesordnung lautet:

1. Vortrag des Genossen Hendrik de Man: „Kultur und Sozialismus.“
2. Stand der Bildungsarbeit im Reich. Referent Genosse Weimann (Berlin).
3. Unsere Bildungsarbeit im kommenden Winter. Referent Genosse Crummennerl (Magdeburg).
4. Verschiedenes.

Wir bitten die Parteivereine um Entsendung von Delegierten zu dieser wichtigen Konferenz. Die Kosten muß die Ortskasse tragen, da der Bezirk nicht über die notwendigen Geldmittel verfügt. Es wird trotzdem erwartet, daß alle Ortsvereine Delegierte entsenden. Die Tagung ist von größter Wichtigkeit und wird besonders interessant durch den Vortrag des Genossen de Man. Parteigenossen und -genossinnen, rüht euch schon jetzt zu dieser Tagung!

Bezirks-Bildungsausschuss  
Magdeburg, Regierungstraße 1.  
Crummennerl

### Die Lage der Landwirtschaft

Auf Grund der Berichte der preussischen Landwirtschaftskammern wird dem „Amtlichen Preussischen Presseblatt“ folgende Uebersicht über die Lage der Landwirtschaft in Preußen im September zur Verfügung gestellt:

**Steuern und Kredite:** Die Schwierigkeiten in der Bezahung der Steuern und sonstiger Verpflichtungen sowie in der Abdeckung der Kredite dauerten infolge der verspäteten Ernte und der Unwetterbeschäden im allgemeinen auch im September an. Der Grundstücksmarkt lag mit vereinzelt Ausnahmen still.

**Ackerbau:** Pflanzenschädlinge sind infolge der anhaltenden ungünstigen Witterung vielfach in bedrohlichem Umfang ausge-

# Reichsschulgesetz und Gemeinde

Dem „Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Artikel 146, 2 und 149 der Reichsverfassung“ hat der politische Tageskampf den kurzen Namen „Reichsschulgesetz“ gegeben. Dies Wort irritiert. Genau ausgedrückt müßte man Reichsschulgesetz sagen — so hat es auch jetzt der Reichsrat genannt — denn die mittlere und höhere Schulen werden von den Bestimmungen noch gar nicht berührt. Der Keudellsche Entwurf, der jetzt erfreulicherweise im Reichsrat ordentlich umgemodelt ist, berührt die Mitwirkung der Kirchen bei der Jugendberziehung in einem für die einzelnen Konfessionen sehr günstigen Sinne zu regeln. Wenn der genannte Entwurf Gesetz würde, wäre es nach der Keudellschen Fassung des Entwurfs mit der Hoheit des Staates auf dem Gebiet der Volksschule vorbei. Die Konfessionen hätten die Macht und von Klein auf prägte man den Kindern den Haß und Gader der verschiedensten Bekenntnisse ein. Ob das ein Schritt auf dem Wege zur deutschen Volksgemeinschaft ist, den ja doch die Deutschnationale Partei des Herrn v. Keudell so oft predigt? Bei den höheren Schulen vermeidet man wohlweislich die Trennung nach Bekenntnissen. Friedlich sitzen katholische, evangelische, jüdische und adventistische „höhere“ Schüler nebeneinander. Sie lernen sich von Klein auf dulden, um dann gemeinsam als „Führer“ des Volkes über diejenigen zu herrschen, die man in der Volksschule nach Bekenntnisglauben getrennt hat.

Außen diesen angebundenen religiösen, kulturellen und allgemein-machtpolitischen Bindungen, die an das Gefühl und an die jahrhundertelange Tradition vieler deutscher Familien appellieren, zeigt der Reichsschulgesetzentwurf noch einen andern großen Mangel, daß ist kein kommunalpolitisches Gesicht. Es trifft durchaus das Richtige, wenn man den Keudellschen Entwurf glatt als ein kommunalpolitisches Monstrum

bezeichnet. Wenn die Erziehungsberechtigten von 40 Schulkindern es verlangen, muß die Gemeinde als der Schulunterhaltungsträger für dies Bekenntnis eine besondere Schule mit Schulhaus und so weiter einrichten. Wenn in einem Orte insgesamt weniger als 200 Schulkinder vorhanden sind, sollen die Gemeinden gehalten sein, auch bei unter 40 Schulkindern eine Sonderschule zu errichten. Die Landesgesetzgebung soll das Nähere regeln, d. h. da gibt es für die altpreussischen Geheimräte im Kultusministerium oder gar für einen zukünftigen deutschnationalen Kultusminister wieder „fruchtbringende“ Arbeit. Für 12-40 Kinder eines Bekenntnisses muß nach § 14 2 des Entwurfs die Gemeinde den Religionsunterricht bezahlen und für weniger als 12 Kinder müssen kostenlos die Einrichtungen für den Religionsunterricht beschafft werden.

Wenn man einen jähren Maßstab für die Auswirkung eines Reichsschulgesetzes nach Keudellscher Art haben will, muß man den Blick mal auf unsere Nachbarländer Belgien und Holland richten. Beide haben ein unter die einzelnen Bekenntnisse aufgeteiltes Volksschulwesen. Holland gab 1914 ungefähr 50 Gulden pro Volksschüler an Schullisten aus. Während des letzten Weltkrieges zerschlug man die holländische Staatschule. Es bildeten sich auch von Keudell geplanten Bekenntnisschulen mit dem Erfolg, daß die Schullisten im Jahre 1922 auf 161 Gulden pro Volksschüler stiegen. An Baukosten für Schulhäuser gaben in Holland aus: der Staat 1920: 51 Millionen Gulden, 1922: 111 Millionen Gulden; die Gemeinden 1920: 24 Millionen Gulden, 1922: 50 Millionen Gulden. Das sind stabile Zahlen aus einem stabilen Lande! Die Bekenntnisschulen müssen dort von der Gemeinde übernommen und unterhalten werden, genau wie es der Keudellsche Entwurf für Deutschland vorsteht. Hat in Holland die Bekenntnisschule schon vor 1920 bestanden, muß die Gemeinde sogar noch neben der laufenden Unterhaltung 6/4 Prozent des übernommenen Wertes der Gebäude und Einrichtungen jährlich an das betreffende Bekenntnis als Abfindungsrente bezahlen. Das ist dann der Kampfboden des Bekenntnisses gegen die öffentlichen Schulen, und die Gemeinde finanziert diesen Kampf gegen sich. Es geht einem ein Grauen an, wenn man an die kommenden Ausführungsbestimmungen zum Keudellschen Entwurf denkt.

Ein futuristisches Schulgebäude mit Bildungsmonopol der einzelnen Bekenntnisse zeigt auch Belgien. Hier haben sich Straßenbehörden bei der Werbung sogar soweit verpöffen, daß sie in der Diaboli den Spruch aufnahmen: „Von den Schulen ohne Gott und von den Lehrern ohne Glauben, erlöse uns, o Herr!“ Das jagen allsonntäglich schulpflichtige Kinder, das ist der Weg zur Volksgemeinschaft!

Nach den Ergebnissen der amtlichen Schulstatistik vom 25. November 1921, die der Ministerialrat Meuzel 1925 veröffentlichte, waren unter den Kindern, die die evangelischen Volksschulen besuchten, 115 694, die nicht dem evangelischen Bekenntnis angehörten. In katholischen Volksschulen waren 15 161 Kinder einer andern Konfession eingeschult. Wenn das Reichsschulgesetz Wirklichkeit wird, müssen für diese 130 855 Kinder Schulen ihres Bekenntnisses eingerichtet werden. Die Orte, in denen die Anzahl der Kinder die Antragsziffer nicht erreicht, wollen wir unberücksichtigt lassen und nur folgende Berechnung aufmachen. Nach § 42 des Reichsschulgesetz-Dienstentlohnungsgesetzes (R. D. G.) beträgt die Durchschnittszahl für die Berechnung des Staatszuschusses 60. Legt man diese Zahl zugrunde, so ergibt das 130 855 : 60 = 2 180 neue konfessionelle Schulen. Da es kaum einen Ort geben dürfte, der heute bei 60 Kindern eines Bekenntnisses noch keine besondere Bekenntnisschule hätte, wird sich die Zahl der Schulen noch erheblich erhöhen.

Ein Schulhausneubau für eine Klasse und eine Lehrermohnung stellt sich nach gegenwärtigen Preisen auf etwa 30 000 Mark, die Staat und Gemeinde meistens je zur Hälfte aufbringen. Das ergäbe für Staat und Gemeinden eine einmalige Mindestaufwendung von 2180 x 30 000 = 65 400 000 Mark. Hierzu kämen die laufenden Ausgaben der Gemeinden an Reinigung, Heizung, Lehrmittel, Gebäudeunterhaltung und Beitrag an Landesbeschulung in Höhe von ungefähr 5000 Mark pro Schulstelle, das macht

für die Gemeinden des preussischen Gebiets 5000 x 2180 = 10 900 000 Mark laufende Mehrausgaben.

Geht man davon aus, daß auf je 40 Schulkinder, der Maßziffer des Keudellschen Entwurfs, eine neu einzurichtende Schule kommt, ergibt sich folgende Rechnung: 130 855 : 40 =

3272 neue konfessionelle Schulen

mit einem einmaligen staatlich gemeindlichen Aufwand für Bauten von 3272 x 30 000 = 98 160 000 Mark und einer laufenden jährlichen Mehrausgabe der Gemeinden von 3272 x 5000 = 16 360 000 Mark.

Je nach Art der Ausführungsbestimmungen zum Reichsschulgesetz in bezug auf Ermäßigung der Antragsziffer, erhöhen sich die obigen Zahlen um ein Vielfaches. Wird bei 12 Kindern schon die Gründung einer Bekenntnisschule ermöglicht, kommen wir in Preußen auf 109 055 neue Schulen mit einmaligem Bauaufwand von 327 150 000 Mark und laufenden jährlicher Mehrausgabe in Gemeinden von 54 525 000 Mark. Daß solche Kostspieligen Zwergschulen durchaus im Bereich der Möglichkeit liegen, davon zeugt der § 9, 2b des vorliegenden Reichsschulgesetzes, der die Schulbildung reichsrechtlich schon gestattet, wenn die „Wendestöße der Organisation“ nicht hinter derjenigen zurückbleibt, die am 1. Januar 1927 zulässig war. Das ist in jeder Gemeinde nach geltendem Rechte die nur einlässige Schule. Sie genügt den Keudellschen Ansprüchen durchaus.

### Der finanzielle Ruin der Gemeinden

wird insbesondere beschleunigt durch die Bestimmung des Reichsschullehrer-Dienstentlohnungsgesetzes, nach welchem die Gemeinden für je 60 Kinder nur einen Schulstellenbeitrag vom Staat erhalten, während ohne Rücksicht hierauf im Reichsschulgesetz die Maßziffer für die Errichtung einer Schulstelle eines Bekenntnisses auf höchstens 40 festgesetzt ist. Das Reich legt den Gemeinden neue Verpflichtungen und Lasten auf, ohne zugleich den Finger zu rühren, auch nur einen Teil der entstehenden Kosten zu übernehmen. Das ist die segensreiche Politik der deutschnationalen „Reichsminister!“

Ein Einzelbeispiel: Das Dorf N. hat 900 Einwohner, 150 Schulkinder in einer 4klassigen Schule mit drei Lehrern. Bis jetzt sind vorhanden: ein Schulhaus der evangelischen Kirchengemeinde mit zwei Klassenzimmern und zwei Lehrermohnungen, ein Schulhaus der politischen Gemeinde mit einer Klasse und einer Wohnung. Von den 150 Kindern sind 58 evangelisch, 57 katholisch und 35 konfessionslos. Die „Preussische Lehrerzeitung“ berechnet in Nr. 106 des laufenden Jahrgangs die nach Verwirklichung des Keudellschen Entwurfs entstehenden Kosten wie folgt: Es werden eingerichtet werden eine evangelische Schule mit zwei Lehrern, wofür das bisherige evangelische Schulhaus benutzt wird; die einlässige konfessionslose weltliche Schule wird in dem Schulhaus der politischen Gemeinde untergebracht; für die katholische Schule mit zwei Lehrern muß ein Neubau errichtet werden. Letzterer kostet 60 000 Mark, davon gibt der Staat 30 000 Mark, bleiben auch für die Gemeinde 30 000 Mark. Die dazu aufgenommene Anleihe muß mit etwa 3000 Mark jährlich verzinst und amortisiert werden. Für Unterhaltung, Heizung und Lehrmittel der neuen Schule sind jährlich auch mindestens 1000 Mark aufzubringen. Bis jetzt gab die Gemeinde N. für drei Lehrstellen je eine Stelleneinheit Schulverbandsbeitrag, macht 3 x 310 x 12 = 11 160 Mark jährlich. Nach dem Inkrafttreten des Reichsschulgesetzes sind die Beiträge für fünf Lehrstellen an den Staat zu zahlen. Da der Staat nur für 60 Kinder eine Zuschußlehrerstelle rechnet, gelten zwei Lehrstellen als „Mehrstellen“, die mit je 1,3 Stelleneinheiten angesetzt werden. Der Erfolg ist also 56 x 310 x 12 = 20 832 Mark neuer Beitrag, also jährlich 9672 Mark mehr. Das ergibt eine Mehrbelastung der Gemeinde N. von jährlich 13 672 Mark, bei 900 Einwohnern pro Kopf der Bevölkerung über 15 Mark neue Steuern. Woher die nehmen? Hierbei sind noch nicht mitgezählt die Kosten des Religionsunterrichts für 12 jüdische Kinder, diejenigen für den Schulraum während des Religionsunterrichts von 5 adventistischen und diejenigen für die Mehrstunden an besonderem Handarbeitsunterricht der „Bekenntnis“-Mädchen. Bis jetzt schickte der Staat einen Schulrat zu einer Revision, jetzt kommen drei verschiedene dreimal.

Neben dieser Zerspaltung der Schularten, auch noch an der Zerspaltung der Schularten. Man denke nur an die in vielen Orten überflüssige Mittelschule, die schon mancher Kleinstadt große finanzielle Kopfschmerzen gebracht hat. Die meisten Dörfer und kleineren Städte geben schon die Hälfte, und oft noch darüber hinaus, an Schulaufwendungen aus. Wie ein unglücklicher Stern steigt bei all ihren andern Sorgen das Keudellsche Reichsschulgesetz am Himmel ihrer Kommunalpolitik auf. Wie wird es unter diesen reichsrechtlichen Verpflichtungen dem Wohlfahrtsrat der Gemeinden ergehen? Dort wird zuerst wieder abgeschnitten, weil die Not der Kirche vor der Not der Unvaliden, Sozialrentner, Altersschwachen und Kinderreichen nach Keudellscher deutschnationaler Auffassung befriedigt werden muß.

Unter diesen Umständen bleibt die einzige Rettung aus kommunaler und finanzieller Not

### die einheitliche weltliche Schule,

die wir Sozialdemokraten verlangen. Sie wird zur Rettung des Staates, allen offen stehend und durch Vereinbarungen auch die Bekenntnisse befriedigend. Wenn nach obigen Darlegungen die rechtsstehenden Kreise die weltliche Schule noch zu unserer Parteischule, zu einer Angelegenheit des Parteiozismus stemeln, dann wollen wir auf diesen Egoismus stolz sein, der gegenwärtig eine nationale Pflicht ist und dessen einziger Fanatismus darin besteht, dem Wohlgehen des Vaterlandes, der arbeitenden Klasse und der gesellschaftlichen Höherentwicklung zu dienen!

F. W. Spitzer

**Betriebsmittel:** Der Saatgut- und Düngemittelbezug hielt sich bei dem vorhandenen Geldmangel in normalen Grenzen. Für Erntemaschinen bestand Kaufkraft.

**Arbeiterverhältnisse:** Der fortbestehende Mangel an geschulten Arbeitskräften beiderlei Geschlechts machte sich weiter stark bemerkbar und verzögerte die Einbringung der Ernte vielfach nicht unerheblich.

**Bodenverbesserungen:** Meliorationen und Dränagen wurden wegen der zahlreichen Niederschläge in verstärktem Maße ausgeführt. Der Mangel an Kapital hinderte jedoch die Ausführung größerer Projekte.

**Witterung:** Der Notstand bei der Getreide- und Hackfruchtenernte infolge der Hochwasser- und Unwetterbeschäden hat auch im September in vielen Bezirken angehalten.

Wir geben diese amtlichen Berichte unsern Lesern jedesmal zur Kenntnis, um ihnen zu zeigen, wie ausgezeichnet es die Agrarier verstehen, ihre Klagen und Uebertreibungen den amtlichen Stellen glaubwürdig zu machen. Diesmal konnten sie aber doch nicht die Tatsache unterdrücken, daß die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse stark im Steigen begriffen sind.

### Kreis Wanzleben

### Groß-Ottensleben

Sozialistische Arbeiterjugend morgen Mittwoch Mitgliederversammlung in der Schule bei der Kirche. Wahl des Vorstehenden.

**Getreide:** Auch über die Mühlereplege wurde geklagt. Die Getreideernte wurde im allgemeinen geborgen. Die Kartoffelernte hat eingeseht. Kartoffelfäule hat in vielen Gegenden starke Schäden hervorgerufen. Die Rübenenernte wurde begonnen. Die Winterbestellung war in vielen Gegenden wegen der außerordentlichen Kälte noch nicht durchgeführt. Weizen und Weiden standen vielfach noch unter Wasser. Die Grumternte war z. T. noch nicht geborgen.

**Vieh- und Viehhaltung:** Die Preise für Milch und Butter zogen an. In der Milchviehzucht haben sich im allgemeinen die Verhältnisse gegen den Vormonat nicht verändert. Gutes Material war knapp und steht in der Hand der Makler. Die anhaltende Kälte bewirkte große Beschränkungen des Weidetriebs in der Rindviehzucht. Die Preise für Schweine bewegten sich aufwärts.

**Forstwirtschaft:** Die Witterung war für die Forstwirtschaft vorwiegend günstig. Der Holzmarkt begann sich in verschiedenen Bezirken zu beleben.

**Feldgewäse- und Gartenbau:** Ausreife und Qualität von Tomaten und Obst haben durch Mangel an Wärme und durch Niederschläge gelitten. Das Herbstgewäse konnte allgemein als Mittelernte bezeichnet werden.

**Fischerei- und Teichwirtschaft:** Die Fischerei erlitt durch Hochwasser und kalte Witterung erhebliche Ausfälle. Der Markt war indessen gut versorgt, obwohl über zu niedrige Preise seitens der Erzeuger geklagt wurde.



**Hätensleben im Gasthof von Hallermann**, in Wölpe, im Gasthof von Siebert und in Weendorf im Gasthof von Niebe. Die Wahl für die Angehörigen findet am Sonntag den 20. November von 11 bis 14 Uhr statt. Zu wählen sind 6 Vertrauensmänner und 12 Erfahrmänner. Die Wahlberechtigten werden aufgefordert, bis spätestens drei Wochen vor dem Wahltag bei dem Wahlleiter Vorschlagslisten einzureichen. Die Vorschlagslisten werden von den wirtschaftlichen Vereinigungen aufgestellt.

**Lebensmittel- und Getränkearbeiter.** In der Mitgliederbesprechung erstattete der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Vom Kassierer wurde die Abrechnung vorgelesen und erläutert. Der Gauleiter Genosse Thauer (Magdeburg) behandelte die Forderung auf Zahlung einer Teuerungszulage. Er gab einen allgemeinen Überblick über die wirtschaftliche Lage und brachte zum Ausdruck, daß mit allen Mitteln versucht werden müsse, mit den Löhnen der allgemeinen Teuerung nachzukommen. Anschließend gab er noch einen Bericht von dem Verbandstag in Leipzig. In Leipzig ist der Zusammenschluß mit dem Nahrungsmittel- und Genussmittelarbeiter- sowie dem Fleischer- und Wäcker-Verband zur Industrieorganisation erfolgt. Der Bericht wurde mit großem Interesse aufgenommen. Besonders wurde der Zusammenschluß begrüßt.

**Frauengruppe.** Die Genossin Arning spricht am Freitag den 14. Oktober, 1934, in einer Versammlung der sozialistischen Frauengruppe. Alle Genossinnen müssen erscheinen. Auch sind die Genossinnen eingeladen.

**Autoverbindung zwischen Planken und Neuhaldensleben.** Seit einigen Wochen verkehrt an den Sonntagen regelmäßig zwischen Planken und Neuhaldensleben ein Personenauto der Reichspost. In den ersten Sonntagen wurde der Verkehr sogar bis Beitzing durchgeführt. Inzwischen wird jetzt nur noch die Verbindung zwischen Planken und dem Reichsbahnhof in Neuhaldensleben mit einer Haltestelle auf dem Marktplatz in Neuhaldensleben aufrechterhalten. Infolge des sehr schönen Wetters am letzten Sonntag war der Verkehr nach dem Planken und damit auch der Andrang zu dem Autoomnibus außerordentlich groß. Die Fahrt von Neuhaldensleben nach Planken oder umgekehrt kostet pro Person 50 Pfennig. Da der Planken zu den schönsten Ausflugsorten der näheren Umgebung gehört, wohin sich auch im Winter ein Ausflug lohnt, ist es zu begrüßen, daß diese Autoverbindung geschaffen ist, und es darf der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß dieser Verkehr auch in Zukunft an den Sonntagen aufrechterhalten bleibt.

**Stadttheater.** Auch unser Städtchen hat für die Wintermonate wieder ein Stadttheater erhalten. Der Direktor Gärtner, der schon einige Jahre während der Wintermonate mit seiner Puppentheater hier ein Operettentheater unterhalten hat, ist wieder eingeführt und hat am letzten Sonntag mit der Operette „Das Hollandweibchen“ seine erste Vorstellung gegeben. Der Besuch der ersten Vorstellung war so groß, daß selbst die Saalecken noch gefüllt waren. Die für diesen Winter engagierten Kräfte versprechen gute Leistungen zu zeigen; besonders sind einige Sänger und Sängerinnen sehr auf der Höhe. Es ist zu hoffen, daß neben den Operetten auch Schauspiele geboten werden.

**Kreis Salze** **Asendorf**  
**Zentralverband der Arbeiterinnen.** Der Unterhaltungsabend brachte einen überfüllten Saal. Man sah auch wieder einmal freudige Gesichter bei unsern Alten. Der Gesangverein vorwärts bot die bestenlieder, die denn auch mit Begeisterung aufgenommen wurden. Ein kleiner Schulumädchenchor brachte Volkslieder und auch humoristische Stücke, was für alle eine Ueberraschung war. Auch einige alte Genossen brachten noch Stücke zum Vortrag, die ein allgemeines Lachen auslösten. Alle bekamen Kaffee und Kuchen. Und die Musik dazu, mit Weigenpiel, war sehr unterhaltend, was vor allem auch dem Dirigenten des „Vorwärts“ zu danken ist. Zum Schluß, um 2 Uhr, machte der Vorsitzende auf die Wählerversammlung aufmerksam, die am 22. Oktober stattfindet. Es folgte dann noch ein humoristischer Dank. Dann ging alles mit dem Wunsch nach Hause, solchen Abenden wieder einmal zu verleben.

**Förderkreis**  
**Unternehmerwillür.** Wegen ungerechtfertigter Entlassung des Arbeiters und Kriegsinvaliden Hermann Schmidt fand am Donnerstag vergangener Woche die Firma Schenk u. Jöndel vor den Schranken des Landesarbeitsgerichts in Magdeburg. Schmidt ist Familienvater von drei kleinen Kindern und hat das Vaterland derer, die ihm heute den versprochenen Dank abtaten, daß sie ihn aus Lohn und Brot bringen, mit seinem Blute verteidigt und hat nun durch mehrere Verwundungen seine frühere Arbeitskraft eingebüßt, daß sie heute denen nicht mehr genügt, für die er sie geopfert hat. Am 9. Juli wurde die Kündigung ausgesprochen. Das Profinteresse dieser Gesellschaft wollte es so. Genosse Schmidt erhob dagegen bei dem Betriebsrat Einspruch und übergab die Angelegenheit dem Fabrikarbeiterverband. Nach ergebnisloser Einigungsverhandlung stellte der Verband Strafantrag beim Arbeitsgericht in Staffort. Dieses wies jedoch in ganz unverständlicher Weise den Genossen Schmidt kostenpflichtig ab. Gegen dieses Urteil legte der Fabrikarbeiterverband Berufung ein, so daß es zur Verhandlung vor dem Landesarbeitsgericht kam. Auch hier mußte die erste Verhandlung abgebrochen werden, da sich die Vernehmung weiterer Zeugen notwendig machte. Am Donnerstag fand abermals eine Verhandlung statt, in der der amtierende Richter dem Betriebsleiter Ganeel in aller Deutlichkeit erklärte, daß es eine unbillige Härte bedeute, wenn man einen Vater von drei kleinen Kindern, und noch dazu einen Mann, der seine Gesundheit dem Vaterland in schwerer Zeit geopfert hat, auf die Straße setzt. Das Gericht kam dann auch zu dem vernünftigen Urteil, die Firma zu verurteilen, den Genossen Schmidt wieder einzustellen oder eine Entschädigung von 2500 Mark zu zahlen. Arbeitsgenossen, lernt hieraus, wie notwendig es ist, sich zu organisieren! Der vorliegende Fall ist nur einer von vielen Tausenden. Was dem einen heute passiert, kann morgen sein eigenes Los sein. Nur eine große und stoffe Organisation kann der Unternehmerwillür die Spitze bieten. Wenn auch eine Wiedereinstellung wohl in diesem Betrieb nicht erfolgen wird, da sich diese Herren es lieber etwas kosten lassen, wenn es gilt, ihren Willen durchzusetzen, so belohnt der Genosse doch eine angemessene Entschädigung, und das sollte doch für alle Veranlassung sein, sich dem Verband und der Sozialdemokratischen Partei anzuschließen.

**Sollerversammlung.** Die Partei hatte ihre Anhänger zu einer öffentlichen Versammlung aufgerufen, die am Freitagabend in der Gemeindegasse stattfand. Parteisekretär Genosse Grün-

meyer (Magdeburg) sprach über das Thema „Die Sozialdemokratie und das Wahljahr 1938“. In trefflichen Worten verstand es der Referent, den Anwesenden klarzumachen, um was die Arbeiterschaft in den Wahlen 1938 zu ringen hat. Lebhafter Beifall wurde dem Redner zuteil. Der Vorsitzende, Genosse Amme, forderte dann die Anwesenden auf, die Zeit bis zu den Wahlen zu nutzen, immer für die Partei und die Presse zu werben, um so die Kampfkraft der Arbeiterschaft zu stärken. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, in das die Anwesenden einstimmten, wurde die Versammlung geschlossen.

**Der Umbau des ehemaligen Geschäftshauses der Kufirofabrik** in ein städtisches Verwaltungsgebäude geht seinem Ende entgegen. Die Stadt hat das Gebäude gekauft in der Absicht, einen Teil der städtischen Bureaus hier unterzubringen. Im Parterre sind die Zimmerwände beseitigt und es ist dadurch ein großer Raum von 200 Quadratmeter geschaffen. Dort wird die Sparkasse eingezogen; auch die Kammerei- und Steuerkasse, das Rechnungsamt sowie eine Kasse werden noch in diesem Raum untergebracht werden. In der ersten Etage werden noch einige Räume für die Kredit- und Bankabteilung der Sparkasse Verwendung finden, während alle anderen Räumlichkeiten in der ersten und zweiten Etage zu Wohnzwecken vorgesehen sind. In den großen geräumigen Bodenräumen wird das städtische Archiv eingerichtet. Außerlich hat das Gebäude durch einen neu geschaffenen Eingang sichtlich gewonnen. Eine schöne große Steintreppe, flankiert von zwei großen Säulen aus Muschelkalk, ist jetzt der Eingang zu den Bureaus. Die originelle Kufirofabrik, deren Zeiger ein paar Damenebene darstellen, wird verschwinden. Der in dem Gebäude vorhandene große Frachtfuhrstuhl ist nicht entfernt worden. Man will ihn für etwaige spätere Erweiterungen verwenden. Besonders beachtenswert ist die neuzeitig eingerichtete Stahlkammer und Telefonanlage. Manche Bank wird die Sparkasse um diese großartige Einrichtung beneiden. Mit der Fertigstellung des Gebäudes werden dann einige Bureauräume im alten Rathaus frei, über deren Verwendung ebenfalls schon verfügt worden ist. Es ist nur schade, daß das herrliche Gebäude so wenig durch seine veränderte Lage zur Geltung kommt.

**Die Straßenverhältnisse** in unserm Orte werden immer unerträglicher. Wie denken sich die städtischen Körperschaften nun eigentlich die Beseitigung dieser Zustände? Bei Beginn des Jahres hat man ein großes Bauprogramm aufgestellt. Man wollte besonders die Straßen pflastern, aber leider ist herzlich wenig geschaffen worden. Bei jeder Gelegenheit ist nun schon die Pflasterung der Leipziger Straße in ihrem Teile von der Wilhelmstraße bis zur Grabenstraße vom Magistrat gefordert worden, aber bis jetzt ist die Sache noch nicht vorwärts gekommen. Die Straße ist bei feuchtem Wetter ein Morast, in dem wiederholt Fahrzeuge stecken geblieben sind. Das ist ein toller Zustand, wenn man bedenkt, daß diese Straße mitten in der Stadt liegt. Für dieses Jahr werden die Versprechungen des Magistrats sicher nicht mehr in Erfüllung gehen. Wir hätten nur gern einmal die bürgerlichen Kommunalstrategen gehört, wenn solche Versprechungen von einer sozialdemokratischen Magistratsmehrheit abgegeben und nicht gehalten worden wären.

**Der Promenadenweg** längs des Solgrabens ist durch die regenreichen Tage stark in Mitleidenschaft genommen. Besonders an der Holzbrücke ist der Weg vom Regen stark ausgefüllt. Es wäre immerhin ratsam, diesem Uebelstand bald abzuwehren, bevor ein Unglück passiert.

**Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene** machen wir auf die in der heutigen Nummer enthaltene Bekanntmachung des Magistrats wegen Kartoffelvorbehalts aufmerksam.

**Der Brand bei Krest.** Die von uns gemeldete Verhaftung des Besitzers ließ erkennen, daß die Ursache des Scheunenbrandes auf dem Krestischen Grundstück in Brandstiftung gesehen wurde. Auch heute noch glaubt man mit Sicherheit Brandstiftung annehmen zu können, doch scheint man jetzt verschiedene Spuren zu verfolgen. Da die Feuerlosgesellschaft 500 Mark Belohnung für Angaben ausgezahlt hat, wird natürlich auch allerlei Unlautwirdiges herum erzählt. Hoffentlich wird die Angelegenheit bald aufgeklärt.

**Steuern.** Die Gebung der Grundvermögens- sowie der Hauszinssteuer beginnt am 12. Oktober.

**Haltet die Kinder** von der Straße fern! Dies kann den Eltern nicht oft und laut genug gesagt werden. Am Sonnabend überfuhr ein junger Mann mit seinem Motorrad ein Kind an der Herbergschen Schule. Weide kamen zu Falle. Das Kind erlitt außer einigen Abschürfungen einen Armbruch.

**Frauentreffung.** Am Dienstag den 11. Oktober, abends 8 Uhr, bei Köller. Dort werden die letzten Vorbereitungen für die Fahrt zum Frauentreffen in Stendal getroffen.

**Steuervergütung.** Der Bezirksauschuh in Magdeburg hat die gemeindlichen Zuschläge genehmigt. Sie betragen zur Grundvermögenssteuer 300, zur Gewerbesteuer 500, zur Gewerbesteuer 1000, zur Zweigsteuernsteuer vom Gewerbeertrag 600 und zum Gewerbesteueral 1200 Prozent.

**Zus Wasser gegangen** ist am Sonntag morgen der Sozialdemokrat N. Der Mann war an Kopfgrippe erkrankt.

**Das alte Lied.** Als der Sohn des Buchbindermeisters B. mit einem geladenen Revolver in der Tasche einen Baum überstieg, schnappte dessen Sohn und eine Kugel drang dem Unvorsichtigen in den Leib. Der sofort herbeigerufene Arzt ordnete die Lieberführung in das Krankenhaus Gardelegen an.

**Zu der Parteiversammlung** am Donnerstag den 13. Oktober, 20 Uhr, im Schützenhaus spricht Parteisekretär Genosse Müller (Stendal). Auch sehr wichtige örtliche Angelegenheiten sind zu erledigen.

**Eine Scheune niedergebrannt.** Auf dem jogen. Dreißerhof an der Seehäuser Straße brach kürzlich in den ersten Morgenstunden ein Feuer aus, das aber von der halb erschienenen Wehr auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Die Entschädigung-

ursache ist noch unbekannt; der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

**Preisaußschußung.** Der Preisaußschuß nahm Kenntnis von dem Bericht über den Stand der in Aussicht genommenen Kunststraßenbauten. Die Vorarbeiten sind so weit gediehen, daß dem Preisaußschuß über die Höhe der Kosten für die Straße Groß-Gartz-Deutsch-Drüßede Aufschluß gegeben werden konnte. Wegen der übrigen Straßenbauten stehen die Baukosten noch nicht fest. — Mit der Uebernahme von Bürgerpflichten für Meliorationsarbeiten beschäftigte sich der Preisaußschuß sehr eingehend und formulierte die Bedingungen, die der weiteren Bearbeitung dieser Angelegenheit zugrunde gelegt werden sollen. — An der Herausgabe des illustrierten Werkes über die Altmark konnte sich der Preisaußschuß leider nicht beteiligen, weil ihm hierzu keine Preisermittel zur Verfügung stehen. — Der Preisaußschuß hält es für dringend notwendig, daß die Feuerlöschgeräte auf dem Lande von den Gemeinden in stets brauchbarem Zustand erhalten werden. Zur Verbesserung der Wasserwerkzeuge im Interesse der Feuerbekämpfung ist er grundsätzlich bereit, beim Preisaußschuß Mittel zur Unterstüßung bedürftiger Gemeinden zu beantragen. Dem Preisaußschuß soll zu diesem Zweck eine besondere Vorlage unterbreitet werden.

**Ferkelmarkt.** Angetrieben waren 545 Ferkel und 18 Bölle. Es kosteten bis 6 Wochen alte Ferkel 6 bis 8 Mark, von 6 bis 8 Wochen alte 7 bis 10, von 8 bis 10 Wochen alte 8 bis 12, von 10 bis 12 Wochen alte 11 bis 14 Mark. Bölle wurden mit 14 bis 40 Mark gehandelt. Es herrschte Ueberfluß.

**Die Rippe ins Herz** gezzungen. Am Sonnabendabend gegen 7 Uhr fanden Angehörige die Ehefrau des Landwirts Bohndied als Leiche vor. Die Untersuchung des Arztes hat einen Rippenbruch ergeben und daß dabei die eine Rippe ins Herz gedrungen war. Wie sich der heidauerliche Unglücksfall ereignet hat, ist zurzeit noch nicht aufgeklärt. Ob die Frau beim Ausspannen der Pferde von einem der Tiere geschlagen wurde oder ob sie bei einem Sturze so unglücklich fiel, wiewohl auch eine Frage bleiben. Die Pferde sollen sehr ruhig sein.

**Stadtkreis Stendal**  
**Borstlicher Abtreibungsprozeß.**

Vor dem Stendaler Schöffengericht wird demnächst ein Niesenprozeß wegen Verstoßes gegen das keimernde Leben durchgeführt werden. In diesen Prozeß sind eine Reihe Bürger von Salzwedel verwickelt, vor allem Frauen, die sich von Ärzten ihre Frucht abnehmen ließen. Nacheinander hat die Staatsanwaltschaft Stendal die Salzwedler Ärzte Dr. Appun, Dr. Siorek und Dr. Bühr verhaften lassen und in Stendal ins Gerichtsgefängnis gebracht. Dr. Siorek ist mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand wieder aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

**Stadttheater.** Am Sonntag nachmittag wurde den Kindern das Märchen „Tischlein, deck dich, Stlein, streck dich, Knüppel aus dem Sack“ aufgeführt. Die Kleinen hatten recht Freude daran. — Der Spielplan erfährt eine kleine Aenderung. Die für Dienstag (heute) abends angesagte Vorstellung „Midel und die 36 Gerechten“ fällt aus. Sie wird zusammengelegt mit der Mittwoch-Aufführung, zu der beide Gruppen, also A und B, Zutritt haben. Die für Dienstag gelisteten Karten gelten auch für Mittwoch. Umtausch der Karten ist gestattet.

**Ortsauschuhung** am Donnerstag den 13. Oktober, 20 Uhr, im Gemeindefesthaus. U. a. Wahl eines Vorstandsmitglieds.

**Ein Motorradunfall** ereignete sich am Sonntag auf der Chaussee nach Arneburg beim Holzgraben. Eine Stendaler Tage wendete auf der Chaussee um, als von Stendal her ein Motorradfahrer kam. Er sauste gegen das Auto und Fahrer und Sozius erlitten Hautabschürfungen. Das Motorrad wurde ebenfalls beschädigt.

**Fahrrad Diebstahl.** Am Sonnabend wurde aus einem Hofe der Hallstraße ein Fahrrad, Marke Opel, Nr. 990032 gestohlen. Man ist dem Räter auf der Spur.

**Ein weibliches Einbrechertrio** stand kürzlich vor den Schranken des Gerichts in Stendal. Es handelt sich um die Arbeiterinnen S. und B. und die Ehefrau H., sämtlich aus Schwarzenhagen. Bemerkenswert ist bei diesen Frauen, daß sie niemals zu brüt die ihnen zur Last gelegten Diebstähle ausführten, sondern immer nur zu zweien. In der Hauptphase hatten sie es auf Ferkelbier abgesehen. So stahlen die Angeklagten S. und B. in der Nacht zum 2. Mai 1927 aus einem Stalle des Hofes D. in Rodau vier Gänsefüßchen. Etwa zehn Tage später entwendeten sie im selben Dorfe der Witwe D. ebenfalls vier Gänsefüßchen. Die Ställe wurden gewaltsam erbrochen. Ihr drittes Unternehmen führte sie zu dem Gastwirt Sch. in Rodau, wobei ihnen zweimal je drei Ferkel in die Hände fielen. Darauf machte die S. nicht mehr mit und die Angeklagte B. trat an ihre Stelle. Wieder wählte man das Dorf Rodau als Ziel und wieder brach man beim Gastwirt Sch. ein. Zwei Ferkel und sechs Eier wurden entwendet. Endlich kam man den Täterinnen auf die Spur und hielt ihnen ihre Rechnung vor. Die Angeklagten haben vor Gericht auch ihre Straftaten zu. Wirtschaftliche Not habe vor allem die

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

**Kohlen, Koks, Briketts Holz und Grudekoks**  
stets in hervorragend guter Qualität liefern  
**Kornisch & Co.**  
Kölner Str. 9 Fernsprecher Nr. 10000 u. 317

**Bettfedern Bussmann**  
Spezialgeschäft fertiger Betten  
Inletts, Bettfedern u. Daunenn  
Dampf-Bettfedern-Reinigung  
mit elektrischem Betrieb  
**Schwertfegerstraße 23**  
Eckhaus am Brunnen  
Fernsprech-Anschluß Nr. 8620 Gegründet 1887

**Bubikopf schneiden pflegen**  
**Haarfärben**  
ist eine Vertrauenssache  
**Gembalowski**  
Damen-Salon  
Krauter Weg 123  
gegenüber d. Steinstraße  
— Kein Laden! —  
Hausreinigung putzen  
Anfertigung v. Zöpfen sowie all. Haarersatzarbeiten

**Sarg Richter**  
Eigene Leichenauto  
Hasselbachstrasse 2 (Stadttheater)  
Neuer Weg 3, beim Standesamt  
Vertragshaus des „Deutschen Herold“  
Aut. Wunsch Uebernahme ehrl. Formitäten!

